DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DIESE ZEITUNG IST UNAUFHALTSAM:
Peter Hahne feiert den Widerstand Seite 3

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 150, Samstag, 7. Oktober 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine

WIR. SIND. DA.

JETZT HOLEN WIR UNSER LAND ZURÜCK!



In Berlin kommen am Tag der deutschen Einheit rund 20.000 Bürger zusammen, um sich basisdemokratisch neu zu verständigen. Deutschlandweit gingen Millionen am 3. Oktober 2023 auf die Straße, um die Herrschaft der Parteien und der Konzerne zu brechen. Foto: Georgi Belickin/DW

Die führenden Politiker unseres Landes haben einen Eid geschworen. Sie versprachen, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Diese Worte klingen im Deutschland 2023 wie der blanke Hohn.

Kanzler Olaf Scholz (SPD) kennt keine roten Linien, ist gleich in mehrere Skandale verwickelt und besitzt die Dreistigkeit, friedliche Oppositionelle als »gefallene Engel aus der Hölle« zu diffamieren. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) setzt alles daran, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören und einen Spitzel- und Denunziantenstaat aufzuziehen. Geht's noch?

Die grüne Sekte wurde nur von einer Minderheit gewählt, bestimmt aber maßgeblich die ideologiegetriebene Politik des Landes. Angeführt von Wirtschaftsminister Robert Habeck, der nicht weiß, was eine Insolvenz ist und der einst in seinem Buch »Patriotismus – Ein linkes Plädoyer« klar formulierte, was er von unserem schönen Land hält: »Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.« Wir haben eine Außenministerin, die sich in aller Welt blamiert, weil sie keinen Satz unfallfrei aussprechen kann, immer wieder aufs Neue belegt, wie ungebildet sie ist und als Spitzendiplomatin Russland mal eben den Krieg erklärt. Geht's noch?

Corona-, Kriegs- und Klimawahn: Unser Land wird vorsätzlich zerstört. Die Deindustrialisierung ist bereits in vollem Gange. Die Bürger werden mit immer irrsinnigeren Maßnahmen, etwa dem Heizungsgesetz, drangsaliert, schikaniert, verarmt, gar schrittweise enteignet. Was hilft? Nur eines: Demokratischer Widerstand! Der Anfang ist gemacht: Jetzt holen wir unser Land zurück.

Wir

JUBILÄUM: Vom 17. April 2020 bis heute: 150 Ausgaben bedrucktes Papier voller Aufklärung und zensurfrei! Das Zeitungswunder geht weiter.























INHALT #DW150

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 150. Ausgabe ab Samstag, 7. Oktober 2023. | Redaktionsschluss war am 5. Oktober. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Sehr geehrte Leser!

Was Sie hier in Händen halten, ist die 150. Ausgabe des *Demokratischen Widerstands*. Für dieses Jubiläum und für den nahenden Winter haben wir sie als große Verteilerzeitung konzipiert. Noch einmal stellt sich die neue Friedens- und Demokratiebewegung vor, die seit 28. März 2020 (!) täglich und in allen Regionen (!) unseres Landes auf die Straße geht. Dies kann man dem großen Demokalender dieser Zeitung entnehmen, der Woche für Woche im Blatt ist.

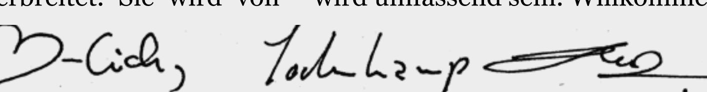
Warum überhaupt diese Zeitung? – Sie entstand aus einem Flugblatt, das ab Mitte März 2020 rund um den Berliner Rosa-Luxemburg-Platz und in weiten Teilen unserer Hauptstadt verteilt wurde: Die Geburtsstunde der Demokratiebewegung! Öffentliches Sprechen war zu diesem Zeitpunkt verboten und die »Verantwortlichen« gingen mithilfe der Polizei mit terroristischer Gewalt gegen Menschen vor, die in diesem entscheidenden Moment unseres Landes auf dem Grundgesetz und seinen Errungenschaften beharrten. Der Menschenrechtsanwalt und UN-Kommissar gegen Folter nahm Ermittlungen gegen Merkel & Co auf. Weil dazu noch sämtliche Konzernmedien und der öffentlich-rechtliche Rundfunk ausschließlich die Meinung der Regierung und ihrer bezahlten Wissenschaftler verkündeten, entstand die Notwendigkeit einer neuen Zeitung.

DIE NEUE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seitdem haben wir viele Millionen Exemplare dieser Wochenzeitung gedruckt und verbreitet. Sie wird von unermüdlichen Verteilern im ganzen Land ausgehändigt, ausgelegt, in die Briefkästen geworfen oder ans Schwarze Brett im Supermarkt geheftet. Diesen Verteilern gebührt unser Dank!

Wir drucken auf echtem Papier, weil das Internet zunehmend zensiert wird und der Macht der Monopolkonzerne unterliegt. Diese redaktionell hochwertige Zeitung kann nicht zensiert werden. Was einmal gedruckt wurde, kann verwehen. Aber es lässt sich nie mehr ganz auslöschen wie Inhalte im Internet. So kommen wir unserer Aufklärungs- und Chronistenpflicht als Journalisten nach. Unser Ziel war und ist es, die oppositionellen Stimmen der Gegenwart zu Wort kommen zu lassen, um zu zeigen: Ja, es gibt eine Opposition, echte Wissenschaft und echten Journalismus im Deutschland der Gegenwart. Und nein, diese Opposition besteht nicht aus düsteren Gestalten mit wirren, menschenfeindlichen und apokalyptischen Vorstellungen, die es mit Macht und Gewalt zu bekämpfen gelte. – So stellen es gleichgeschaltet die großen Medienhäuser dar, womit sie nachweislich lügen.

Bilden Sie sich Ihre Meinung! Dafür können Sie auch auf das Archiv unserer Zeitung auf *demokratischerwiderstand.de* zurückgreifen, wo sämtliche vorangegangene Ausgaben kostenlos als E-Paper einzusehen sind. Sie werden erstaunt sein, wer alles in dieser Zeitung Originalbeiträge veröffentlicht. Diese Zeitung mit Nichtachtung zu strafen, sie zu bekämpfen und zu verfolgen, ist hoffnungslos. Wir Demokraten, wir Oppositionelle sind überall. Und unser Sieg wird umfassend sein. Willkommen!



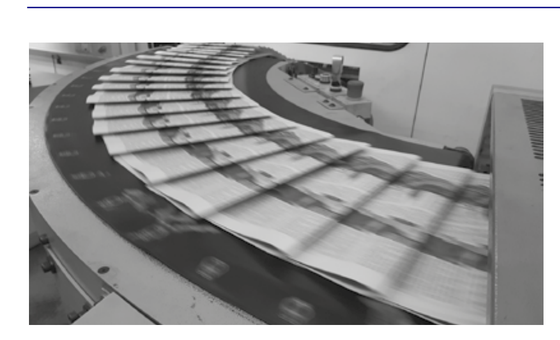
»ES IST GUT, DASS ES DEN DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND GIBT, WEIL …



… nur eine ausgewogene Berichterstattung, die unterschiedliche Meinungen und Erkenntnisse zulässt, dem Bürger ermöglicht, sich eine Meinung zu bilden. Somit ist er weniger anfällig für Manipulation, verfällt weniger in Hysterie und gibt nicht aufgrund von Prognosen seine Freiheit auf.«
– Marco Rima, Schweizer Comedian



… sich die Menschen so auch über Meinungen und Fakten orientieren können, welche die Regierung in Berlin unterdrücken und zensurieren möchte und die daher nicht auf *ARD* und *ZDF* zu sehen sind. Die Demokratie lebt von einer Pluralität an Perspektiven. Gerade zu wichtigen Themen wie Gesundheit, Stichwort Corona, Frieden, Stichwort Ukraine, gibt es nie nur eine Meinung und auch nie nur einen relevanten Datensatz an Fakten.«
– Dr. Daniele Ganser



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

AUF DEM SCHIRM

- RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

»ES ZEUGT VON GESCHICHTSVERGESSENHEIT, DEN WIDERSTAND ZU DIFFAMIEREN«

Warum immer mehr Menschen der Politik misstrauen | DW-GASTBEITRAG von Peter Hahne

Wäre ich Politiker, ich könnte keine Nacht mehr ruhig schlafen. Wäre ich noch in aktiver Medienverantwortung oder in der Kirche, bräuchte ich Baldrian. Denn ich müsste jetzt rund um die Uhr für die Reputation meiner Arbeit kämpfen. Noch nie waren die tragenden Säulen unseres Staates so in der Kritik wie heute. Ganz gleich, welches Meinungsforschungsinstitut: Alle (!) sagen unisono das Gleiche, und das schon in den letzten Jahren. Rund drei Viertel der Bevölkerung hat demnach kein Vertrauen mehr in Politik, Medien, Kirchen, Gewerkschaften — und was fast noch schlimmer ist: auch nicht in Polizei und Gerichtsbarkeit.

Laut jüngster Insa-Umfrage haben 69 Prozent der Deutschen sogar Angst um die Zukunft unseres Landes. Mehr als zwei Drittel! Angst! Für 73 Prozent ist die Massen-Zuwanderung wahlentscheidendes Thema. Der AfD trauen 33 Prozent zu, den Zustrom zu stoppen. Der CDU oder der SPD ganze neun Prozent. Eine Bankrotterklärung ohne Beispiel. Laut Forsa (regierungsnah!) sehen nur noch acht Prozent Deutschland auf einem guten Weg. Ein Desaster für alle in Regierungsverantwortung seit 2015. Noch nie bewerteten junge Menschen ihre Zukunftsaussichten so pessimistisch. Diese Zahlen beweisen, dass sich Regierungen und Regierte in Lichtgeschwindigkeit voneinander entfernen. Staatstheoretisch ist das ein Untergangsszenario. Motto: Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler.

Die Gründe lassen sich für jeden vorurteilsfreien Beobachter kurz zusammenfassen: Die Bürger haben kein Vertrauen mehr, weil sie sich gegängelt fühlen, bevormundet, übergangen, nicht ernst genommen. Und sie glauben den Institutionen einfach nicht mehr. Wahrheit ist die Grundvoraussetzung für Vertrauen. Statt Fakten liefern sie »Haltung«, statt Information Ideologie, statt Kompetenz Idiotie. Wolfgang Schäuble sagte vor Jahren in meiner Sendung: »Als Politiker muss ich bei allen Entscheidungen fragen: Wieviel Toleranz verträgt ein Volk?« Und diese »Toleranz« wird jetzt gnadenlos überzogen und überfordert. Kein Wunder also, dass die Umfragen so sind, wie sie sind.

DIE HEIZUNG WIRD DIKTIERT, DAS GESCHLECHT IST FREI WÄHLBAR

Warum kein Vertrauen? Weil niemand mehr Verantwortung übernimmt! Wo sind denn ehrliche Untersuchungen, Schuldeingeständnisse und die Wiedergutmachung in Sachen Corona-Maßnahmen, »Impf«-Hauptwirkungen, Fehlentscheidungen in der Migrations- oder Energiepolitik? Wo wird denn Volkes Stimme gehört bei Gender, Gewalt oder dem Angriff auf unsere Kinder, die mit Ideologie zwangsbeglückt und um Bildung betrogen werden. Was für ein Land, in dem einem diktiert wird, wie man heizen soll, aber Kinder entscheiden dürfen, welches Geschlecht ihnen gerade das liebste ist. Irre!
Wo werden verteufelte und verachtete, um Beruf und Ansehen gebrachte, Kritiker endlich entschädigt und rehabilitiert? Das bewegt die Menschen. Und nicht, welche Armbinde Fußballmannschaften tragen sollen, wieviel Sternchen in Texten stehen oder welcher Vegan-Wahn gerade regierungsamtlich angesagt ist. Nebenbei: Als Rudi Völler, Kritiker dieses Armbinden-Wahnsinns, das Ruder bei »unserer Nationalmannschaft«, wie er sie richtig nennt, übernahm, konnte man plötzlich wieder siegen …



Ex-ZDF-Moderator Peter Hahne ist ein Mann der klaren Worte. In seinem Gastbeitrag für den DW schreibt er: »Das Volk fühlt sich verachtet. Und zwar zu Recht.« Foto: Axel Rothkehl.

Deutlichste Botschaft aus allen Umfragen: Das Volk fühlt sich verachtet. Und zwar zu Recht. Paradebeispiel: die »Warnhinweise« bei TV-Sendungen von Otto Waalkes, Harald Schmidt oder Heino. Oder dass alte Märchen oder gar die Bibel nun umgeschrieben werden. Nebenbei: An den Koran wagt sich keiner. Über 90 Prozent wollen diesen Irrsinn nicht. Politik, Medien und natürlich Kirche (wie so oft auf Seiten der Herrschenden) impfen uns dieses geistige Gift in Überdosis und scheren sich einen Dreck um Meinungsfreiheit oder das Grundgesetz. Selbst Kritiker aus der linken Ecke werden gnadenlos zum Schweigen gebracht.

Unlängst sprach mich jemand mit diesen Worten im Zug an: »Herr Hahne, erfinden Sie bitte in Ihrem neuen Buch neue Verschwörungstheorien. Die alten haben sich ja inzwischen bewahrheitet.« Die Bürger ertragen diese von Nicht-Fachleuten (griechisch: Idioten) feilgebotenen *Fake-News* nicht mehr. Diese elenden Schwurbeleien aus Regierungen, Parlamenten und den Redaktionen des *Mainstreams* sind doch längst durchschaut.

Die Herrschenden können sich nur noch durch Verbote und Gesinnungsschnüffelei an der Macht halten. Kennen wir das nicht von irgendwo?! »Dafür bin ich nicht 1989 unter Lebensgefahr auf die Straße gegangen«, bekennen immer mehr Mitteldeutsche. Kein Vertrauen auch deshalb, weil Heuchelei und Doppelmoral an der Tagesordnung sind. Ein Staatsoberhaupt, das sich ohne Maske im Zug ablichten lässt, während die Oma, die dasselbe tut, abgeführt wird. Oder die Jünger der Klimareligion, die wie Europas Unglück von der Leyen (CDU) 57 mal mit dem Privatjet ertappt wird.

MAN KANN ETWAS BEWEGEN, WENN MAN NUR WILL

Wie kann es sein, dass es einem freiheitlichen Staat gelingt, ein System von Denunzianten zu etablieren?! Erst Corona, jetzt Klima: »Sie müssen Ihrem Nachbarn helfen, sich richtig zu verhalten …« Der Meinungs-Blockwart und die Sprachpolizei als Fünfte Gewalt. Das haben die Bürger satt. Der Fall Aiwanger hat gezeigt, dass das »Bierzelt« doch mächtiger ist als die Parallelgesellschaft in Parteizentralen und Medien. Das war ein richtiger Schock für Berlin, genauso wie die Montagsdemos oder der Massenprotest gegen falsche Standorte für Flüchtlingsheime. Fehlt nur noch der Altparteien-Konsens: »Wir lieben Euch doch alle!«

Demokratischer Widerstand ist mächtiger als betreutes Denken und ideologischer *Mainstream*. Das gilt auch für die gleichnamige Zeitung! Mein Wort vom Jahresbeginn 2023 war nicht utopisch und realitätsfern, im Gegenteil: Wir werden mehr, nicht weniger. Die Opposition in ihrem Lauf … können auch Ochs und Esel in manchen Institutionen nicht aufhalten.

Zum sinkenden Vertrauen der Bürger in die Medien heißt es in der links-liberalen (!) Berliner Morgenpost überraschend klarsichtig — woran man merkt, dass die Frage der allgemeinen Unzufriedenheit keine (partei-)politische ist und mit Beschimpfung überhaupt nichts zu tun hat: »Vielleicht sind es nicht nur Diktatoren, die die Medien drangsalieren. Womöglich sorgen wir Medienschaffende selbst für den Eindruck des Ferngesteuertseins.« Und es trifft genauso auch auf die Politik zu: »Viele Themen sind zu komplex für einfache Antworten. Polarisierung führt zu mehr Drama, mehr Aggression und permanentem Haltungszwang.« Dazu käme der Katastrophismus des »Google-Sozialismus« (!) durch sein Monopol der Suchmaschinen. Von dort ließen sich viele Journalisten (und Politiker!) »die Themen diktieren«.

Und die Hauptstadtzeitung macht den Vertrauensverlust auch am »Elitismus« fest. Es stimmt: Der *Mainstream* sitzt in den Metropolen, drei Viertel der Deutschen leben aber (Gott sei Dank) in der Provinz. Diese pseudoelitäre Parallelgesellschaft von Politikern und Redakteuren, die ihre Kinder auf Privatschulen schickt und fern der Realität von Inklusions- und Integrations-Ideologie lebt, negiert die wahren Probleme. Das bringt die Leute auf die Palme! Der ländliche Raum hat keine Lobby mehr. Die ideologische Denke ist eine großstädtische. Bei manchen Klimadebatten hat man das Gefühl, die Regierung sei der Meinung, im Bayerischen Wald gibt es U-Bahnen und in Ostfriesland einen ÖNP im Minutentakt.

»Und wo bleibt das Positive, Herr Kästner?«, wurde der Publizist gefragt. Er erhielt 1942 übrigens Schreibverbot. Wehret also den Anfängen! Seine Antwort in einem Gedicht: »Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt.« Meine Hoffnung ist das »Gegenwort« von Gustav Heinemann: »Eure Herren gehen, unser Herr kommt.« Der Teufel ist an einer (leider langen) Kette, er behält nicht den Sieg. Wo Ideologen enden, das zeigt der 9. November 1989.

Demokratischer Widerstand zahlt sich aus. Man kann etwas bewegen, wenn man nur will. Die Herrschenden sollten dankbar sein, wie friedlich das alles läuft. Frankreich lässt grüßen. Deshalb zeugt es von absolutem Bildungsnotstand und völliger Geschichtsvergessenheit, diesen (harmlosen) Widerstand auch noch zu diffamieren und zu diskreditieren. Und damit zu provozieren. Wie armselig! Nein, wir brauchen Hoffnungsträger, keine Bedenkenträger. Mutmacher, keine Panikmacher.

ZUR PERSON

Publizist Peter Hahne zählt zu den bekanntesten und beliebtesten Hauptstadtjournalisten. Der gläubige Christ (»Mein Glaube ist anhängig allein von Gott und der Bibel«), der 1952 im ostwestfälischen Minden geboren wurde, studierte evangelische Theologie, Philosophie und Germanistik und war 18 Jahre lang Ratsmitglied der evangelischen Kirche (EKD). Nach drei Jahrzehnten »Berlin direkt«, »heute«, »heute Journal« und dem Bambi-Publikumspreis (1999) moderierte er von 2010 bis Ende 2017 im *ZDF* seine eigene nach ihm benannte Sendung. Die Bücher des 70-Jährigen erreichten bis dato eine Gesamtauflage von mehr als acht Millionen Exemplaren. Sein aktuelles Werk: »Das Maß ist voll«. Sein neues Buch erscheint im März.

EINE SEUCHE WAR NIE IN SICHT

Interview mit Dr. Wolfgang Wodarg, dem ehemaligen Top-Gesundheitsexperten der SPD, der in Ungnade fiel, weil er nicht mitspielen wollte | Von Hendrik Sodenkamp

DW: Herr Dr. Wodarg, Sie haben sich 2020 bereits sehr früh zur Ungefährlichkeit von Corona geäußert. Wie kam es dazu?
Dr. Wolfgang Wodarg: Nach den ersten Meldungen aus China fing ich Anfang Februar 2020 an zu recherchieren. Mitte Februar 2020 hatte ich einen ganzseitigen kritischen Artikel fertig, den ich versuchte, beim *Tagesspiegel*, in der *Süddeutschen Zeitung*, der *taz* und weiteren Medien unterzubringen. Solche Artikel hatten diese Medien bis dahin immer gerne genommen, doch dieses Mal wollten sie meine Erkenntnisse nicht haben. Ich erfuhr überall Ablehnung und merkte, dass da irgendetwas im Busch war. Ich hatte jedoch noch einen guten Draht zum schleswig-holsteinischen Zeitungsverlag. Dort wurde dann dieser Ende Februar 2020 veröffentlicht.

DW: Was schrieben Sie?
W.W: Ich legte dar, dass es sich wie bei den ausgerufenen Pandemien der Vorjahre um einen *Fake* handelte und die Daten keinen Anlass zu übermäßiger Beunruhigung gaben. Im Anschluss an diesen Artikel gab es dann einen Beitrag im *ZDF* in der Sendung *Frontal 21,* der große Aufmerksamkeit erfuhr. Am 18. März 2020 veröffentlichte Karl Lauterbach daraufhin ein Video, in dem er behauptete, dass ich blanken Unsinn und *Fake-News* verbreitete. Man schoss sich auf mich ein und versuchte, mich in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit auszuschalten, woraufhin ich keine Chance mehr hatte, etwas zu veröffentlichen.

DW: Woran machten Sie die allgemeine Ungefährlichkeit des Coronavirus fest?
W.W: Ich sah die Bilder aus China, wie in Wuhan die Straßen desinfiziert werden – eine medizinisch vollkommen unsinnige, jedoch überaus theatralische Maßnahme. Ich recherchierte, wie es in anderen Provinzen Chinas aussah. Respiratorische Viren verbreiten sich recht schnell, vor allem wenn man die hohe Bevölkerungsdichte und die hohe Mobilität in China berücksichtigt. Man musste also davon ausgehen, dass sich dieses Virus dort bemerkbar machte. Aber das war nicht der Fall. Die chinesische Seuchenschutzbehörde CDC veröffentlichte Zahlen zu den Fällen und Todesfällen. Anhand derer war mit Ausnahme von Wuhan nichts Ungewöhnliches zu erkennen. Das passte nicht zum Ausbreitungsmuster eines wirklich gefährlichen Atemwegsvirus. Anfang März wurde dann auch noch verlautbart, China hätte gar keine Fälle mehr. Auch das gibt es nicht. Die chinesischen Stellen behaupteten, man hätte nur noch Fälle von Einreisenden nach China hinein. Das war alles absurd. Auch der PCR-Test als Grundlage dafür, dass etwas als Fall gewertet wird, machte mich misstrauisch. Ich versuchte in Erfahrung zu bringen, ob sich an der geringen Aussagekraft der PCR-Tests irgendetwas geändert hatte. Das verneinten mir meine Kollegen.

DW: Warum ist der PCR-Test ungeeignet?
W.W: Der PCR-Test sucht nach einer vorher festgelegten Molekülsequenz und ist dabei sehr sensibel. Wenn diese Sequenz irgendwo in der Probe ist, dann findet er diese. Doch der PCR-Test sagt nichts darüber aus, ob ein aktives Virus vorliegt. Diese Sequenz kann nämlich auch in nicht mehr funktionierenden Trümmern eines Virus vorliegen, die beispielsweise von einer vorangegangenen Infektion herrühren. Dann ist zwar diese Sequenz da, aber nicht die Gefahr einer Erkrankung. Ich habe mich im Speziellen mit dem PCR-Test beschäftigt, den Christian Drosten entwickelt hatte und der Veröffentlichung, die er der Weltgesundheitsorganisation WHO lieferte und die diese annahm. In der Veröffentlichung stand, dass sein Test auch bei anderen Beta-Coronaviren positiv anschlägt und da war ich mir sicher, dass es Panikmache war, was da verbreitet wurde.

DW: Inwiefern?
W.W: Beta-Coronaviren gibt es seit spätestens 2003, dem sogenannten Sars-Cov-1. Diese Viren verschwinden nicht aus der Welt, sondern bilden immer wieder neue Varianten, wobei sie Beta-Corona-Viren bleiben. Somit musste der Test weltweit positiv anschlagen, denn über die weltweite Mobilität durch Flugzeuge haben sich diese Viren seitdem überall verbreitet. Die Anwendungsweise des Tests war ebenfalls absurd, weil man diesen in den Laboren viel zu lange laufen ließ. Zu hohe Zyklus-Werte von 40 wurden angewendet, sodass der Test immer positiv war. Man konnte aber gleichzeitig einfach nicht sehen, dass mehr Menschen krank werden.

DW: Aber es wurden doch riesige Behandlungszentren hochgezogen und Aufnahmen überfüllter Stationen gezeigt …
W.W: Man sah im Frühjahr 2020, dass Menschen ins Krankenhaus geliefert und dort falsch behandelt wurden. Ich sah Bilder aus Italien, las die Vorgaben der WHO und die Studien dazu. Die Menschen wurden mit einer Überdosis Hydroxychloroquin behandelt. In Brasilien musste dazu eine Studie sogar abgebrochen werden, weil zu viele Menschen an der Behandlung starben. In New York schlug damals ein Arzt Alarm, dass die Menschen nicht an einer Lungenentzündung erkrankten, sondern dass ihnen plötzlich die Luft wegblieb; Daten aus England zeigten, dass es vor allem Schwarze traf. In dieser Bevölkerungsgruppe gibt es einen Enzymdefekt, der in Kombination mit Hydroxychloroquin zu einem Zerfall der roten Blutkörperchen führt.

DW: Das bedeutet?
W.W: Das zieht nach sich, dass die Menschen nicht mehr richtig mit Sauerstoff versorgt werden, kurzatmig werden und um Luft ringen. Im Rahmen dieser Studien wurde Tausenden Menschen eine Überdosis Hydroxychloroquin gegeben und da war es die logische Konsequenz, dass es zu diesen Fällen kam. Die Todesfälle wurden aus meiner Sicht nur produziert, um uns Angst zu machen. Auch dass man über 80-Jährige auf die Intensivstation brachte, um sie künstlich zu beatmen und sie davor mit einer solch hohen Dosis an Beruhigungsmitteln aus*knockte*, war Teil dieser falschen Behandlung, die die alten Menschen in großer Zahl tötete. Sieht man sich die Sterbegrafiken in diesem Zeitraum an, erkennt man in nur wenigen Orten auf der Welt einen Ausschlag: in New York, Madrid, in Oberitalien, jedoch nicht in ländlichen Regionen. Das passt nicht mit der Verbreitung und der Wirkungsweise eines Atemwegsvirus zusammen.

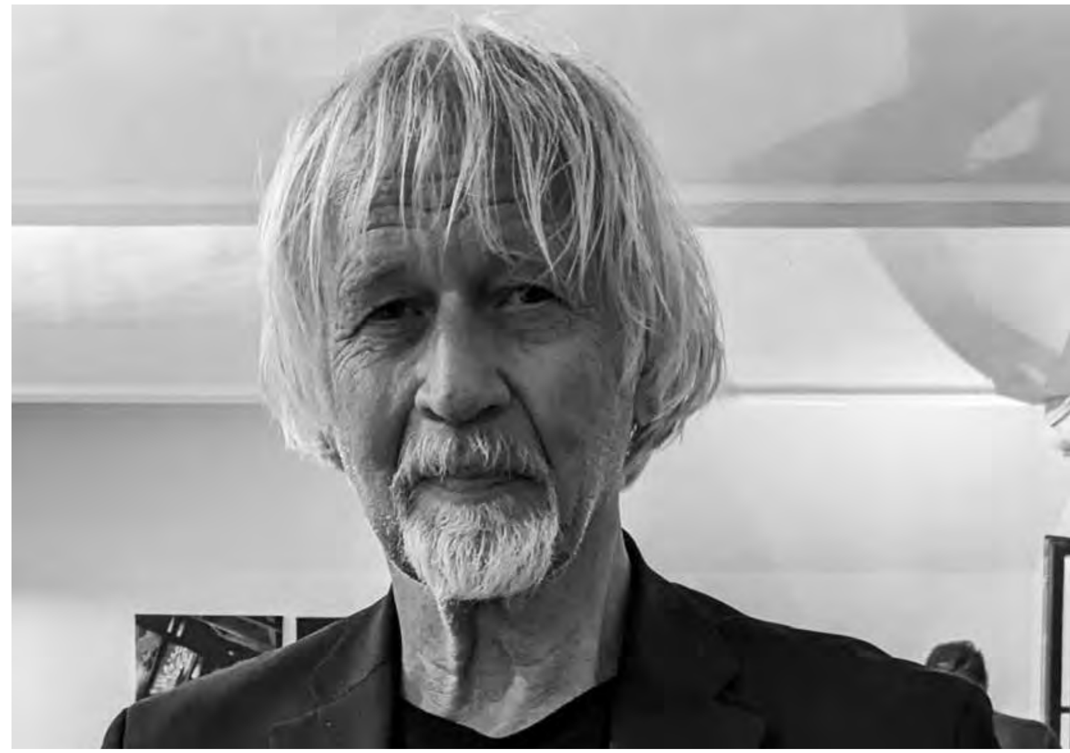
DW: Woran kann man jetzt erkennen, ob es eine gefährliche Seuche gegeben hat?
W.W: Das sieht man an der Zahl der Opfer, also an den Krankenzahlen, den Todeszahlen, der Zahl der Arztbesuche oder den Belegungszahlen der Krankenhäuser. Vor allem aber mit einem Instrument, dass man bereits vor 2020 hatte und mit dem man die Möglichkeit hat, die Coronajahre mit den Vorjahren zu vergleichen. Das ist in Deutschland das *Monitoring*-Instrument der Statistik der akuten respiratorischen Erkrankungen des Robert-Koch-Instituts (RKI), das auch in den letzten dreieinhalb Jahren genau so weiter gelaufen ist wie zuvor.

DW: Wie funktioniert das?
W.W: Aus etwa 600 Arztpraxen der Grundversorgung werden dort die Daten abgefragt, um zu sehen, ob es mehr oder weniger Atemwegsinfektionen gibt und welche Erreger beteiligt sind. Nach dieser Statistik war klar, dass nichts Besonderes zu sehen war. Coronaviren wurden hier – neben anderen Erkältungsviren wie Influenza- oder Rhino-Viren – sehr wenig abgebildet. Eine ganz andere Kurve sah man dagegen bei den sogenannten Tests. Hier wurden riesige Schwankungen angezeigt, wobei bei den vielen Testungen eben auch viele Corona-positive Ergebnisse zu sehen waren. Aber mit den zuverlässigen Daten dieses bewährten *Monitoring*-Instruments des RKI passte das nicht zusammen. Dort sah man, dass bei Corona nichts Besonderes geschah.

DW: Wenn man ein so stabiles Instrument hat, warum setzte man den PCR-Test überhaupt ein?
W.W: Der Test war notwendig für die Inszenierung der sogenannten Pandemie, mit ihm produzierte man die nötigen sogenannten Fälle. Christian Drosten hat hier treue Dienste geleistet. Bei SARS-1 und MERS, hatte er das ja bereits ausprobieren können. Nun durfte er wieder einmal seine Tests, die eben unspezifisch sind und bei allen Beta-Coronaviren anschlagen, unter die Leute bringen.

DW: Herr Wodarg, wir danken Ihnen für das Gespräch.

➔ Fortsetzung in Ausgabe 151


Klärt seit Jahren über die Herrschaft der Angst auf: Dr. Wolfgang Wodarg. Foto: Sandaja/DW

HÖCHSTER PREIS DER WELT FÜR GIFT

Stockholm/DW. Am 2. Oktober 2023 gibt das Komitee des Nobelpreises bekannt, dass die Ungarin Katalin Karikó und der US-Amerikaner Drew Weissma n wegen ihrer mRNA-Forschung den Medizin-Nobelpreis erhalten. Dies kommentierte der Erfinder der mRNA-Technologie Robert W. Malon mit den Worten: »Karikó und Weissman erhalten den Nobelpreis, nicht für die Erfindung von mRNA-Impfstoffen (weil das meine Erfindung ist), sondern für die Zugabe von Pseudouridins (ein spezielles Molekül, Anm. d. Red.), was die Herstellung unbegrenzter Mengen von *Spike*-Toxinen ermöglichte, was bei sicherer Entwicklung eine sichere und wirksame Impfstoffplattform hätte sein können. Gut zu wissen.« (hes)

ZUR PERSON

Dr. Wolfgang Wodarg, geboren 1947, war *der* führende Gesundheitspolitiker der SPD, bis 2020 Karl Lauterbach an seine Stelle gesetzt wurde. Im Jahr 2009 verhinderte er, dass die sogenannte Schweinegrippe von Konzernen und der Weltgesundheitsbehörde (WHO) zur gefährlichen Seuche hochstilisiert werden konnte. Wodarg hatte nach seinem Abitur Medizin und Sozialpädagogik in Hamburg und Berlin studiert. 1981 übernahm er die Leitung des Gesundheitsamtes in Flensburg, wo er bis 1994 als Amtsarzt arbeitete. Für die SPD hat er zahlreiche Funktionen inne und war bis 2020 im Vorstand von *Transparency International Deutschland*. Im Jahr 2021 erschien sein Buch »Falsche Pandemien: Argumente gegen die Herrschaft der Angst« im Rubikon-Verlag.

»Es war ein Staatsverbrechen«

Der Heidelberger Allgemeinmediziner Dr. Gunter Frank über die Corona-Maßnahmen und deren Folgen | INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Herr Dr. Frank, einige Ihrer Berufskollegen sprechen bei dem, was uns die Corona-Pandemie bescherte, von einem Staatsversagen, Sie von einem – so der Titel Ihres aktuellen Buches – Staatsverbrechen. Wie kommen Sie dazu?
Dr. Gunter Frank: Ich beobachte in Gesundheitspolitik und Forschung schon seit 20 Jahren, dass der Regelbruch immer mehr zum Normalfall wird. Es ist ein riesiges Gesundheitskartell entstanden, das außer Rand und Band geraten ist. Studien werden verfälscht, Zahlen geschönt, es wird gelogen und getäuscht. Den Verantwortlichen geht es dabei nicht um Gesundheit, sondern nur ums Geld. Nehmen wir Jens Spahn: Er war über ein diskretes Firmenkonstrukt von 2006 bis 2010 an einer Lobbyfirma beteiligt, während er als Gesundheitspolitiker im Bundestag an Gesetzen mitarbeitete. Wieso sollte ich ihm glauben, dass er dabei das Wohl der Patienten im Blick hatte und nicht das seiner Auftraggeber und das seines eigenen Kontos? Alles bekannt, doch es bleibt folgenlos.

DW: Spahn wurde Jahre später sogar Gesundheitsminister.
G.F.: Richtig. Und er war maßgeblich an den Regelbrüchen der Corona-Politik beteiligt. Die Konsequenzen waren Schmerz, Leid und Tod. Wir sprechen hier von einer mittleren fünfstelligen Zahl an Todesopfern und von Millionen Geschädigten durch Lockdown und eine neuartige Genimpfung, deren kriminelle Notfall-Zulassung das eigentliche Ziel des Corona-Hypes war. Was das Verbrechen betrifft: Ich bin juristischer Laie. Aber wenn ich jeden Tag auf dem Nachhauseweg eine Einbahnstraße in verkehrter Richtung benutze, zehn Jahre lang nichts passiert, bis mir dann doch jemand ins Auto läuft und stirbt, bekomme ich keinen Strafzettel, sondern werde zurecht wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Die tödlichen Corona-Maßnahmen wurden unter ständigem Brechen von Regeln, Standards und Gesetzeslagen exekutiert von unserer Regierung. Es war ein systematischer Angriff auf die Zivilbevölkerung im Interesse dieses riesigen Gesundheitskartells. Deshalb war es nicht nur ein Versagen, sondern ein Staatsverbrechen. Für mich haben sich Leute wie Jens Spahn, Karl Lauterbach und Lothar Wieler der fahrlässigen Tötung schuldig gemacht.

DW: Sie schreiben in Ihrem Buch im Zusammenhang mit den Corona-Spritzen von gefälschten und korrupten Zulassungsstudien sowie nicht eingehaltenen Sicherheitsstandards. Wie war das alles möglich?
G.F.: Meiner Meinung nach war die gesamte Coronakrise inszeniert. Es ging darum, einen Leidensdruck in der Bevölkerung zu schaffen, damit diese die Impfung, die in Wahrheit eine experimentelle Gentherapie ist, als erlösende Rettung akzeptiert. Unter normalen Zuständen wäre sie niemals zugelassen worden.

DW: Warum nicht?
G.F.: An den mRNA-Stoffen wurde viele Jahre lang im Rahmen der Biowaffenforschung gearbeitet. Sie sollten eines Tages gewinnbringend vermarktet werden, bekamen aber nie eine Zulassung, weil sie nicht nur weitestgehend nutzlos, sondern auch gefährlich sind. Sie haben den Laborunfall in Wuhan für einen Hype genutzt, den sie zuvor bereits angekündigt hatten, um diesen Ladenhüter, der bis dahin Unmengen an Geld verschlungen, aber kein Profit eingebracht hatte, an die Bürger zu bringen. Die Regierungen haben einfach mitgemacht. Das erfüllt aus meiner Sicht den Tatbestand des Paragraphen 7 des Völkerstrafgesetzbuches: Wir haben es mit einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu tun. Dazu passen auch die unfassbare Entmenschlichung der Kritiker und die massive Propaganda, die von allen Seiten weltweit betrieben wurde.


In seiner Praxis hat Dr. Gunter Frank 60 bis 70 Fälle von Patienten mit Impfschäden. Er sagt: »Ich sehe ein weites Spektrum von Symptomen, vor allem neurologische, muskuläre und kardiale Probleme.« Foto: Jan Pyko.

»DIE EIGENE URTEILSKRAFT DARF MAN SICH NICHT VON EXPERTEN ABNEHMEN LASSEN«

DW: Viele Menschen haben ein derart großes Vertrauen in den Staat: Sie können sich nicht vorstellen, dass so ein Staatsverbrechen möglich ist. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?
G.F.: Vor allem daran, dass wir in Westdeutschland in den vergangenen 80 Jahren einfach Glück hatten. Heute erst hatte ich eine Patientin aus Ostdeutschland in meiner Praxis. Sie sagte mir, sie kommt sich immer mehr vor wie in der DDR damals. Die Ostdeutschen sind skeptischer, weil sie aus Erfahrung wissen, dass Staatsmacht immer eine Gefahr darstellt. Wenn wir Bürger in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und in einem Rechtsstaat leben wollen, müssen wir uns klarmachen, dass dafür drei Voraussetzungen nötig sind: Wir brauchen ein gesundes Misstrauen gegenüber den Mächtigen, denn Macht korrumpiert. Wichtig ist zudem das Vertrauen in die eigene Urteilskraft, die man sich nicht von Experten abnehmen lassen darf, und ein gewisses Maß an Zivilcourage.

DW: Allein die Tatsache, wie schnell die Impfstoffe entwickelt wurden und dass sich die Hersteller Haftungsausschlüsse vertraglich zusichern ließen, hätte doch jeden skeptisch werden lassen müssen, oder?
G.F.: Ja, klar. Die Zulassungsstudie war schon auf dem ersten Blick klarer Betrug. Das fängt beim 95-prozentigen Ansteckungsschutz an. Bei einer viralen Atemwegsinfektion kann eine Impfung niemals vor Ansteckung schützen. Aber es wurde in allen Bereichen gelogen, dass sich die Balken biegen.

DW: Bitte fahren Sie fort!
G.F.: Es fing schon damit an, dass die Pandemie gefährlich gewesen sein soll. Die entscheidende Größe dafür ist die sogenannte Infektionssterblichkeit. John Ioannidis, der bedeutendste Epidemiologe weltweit, erkannte schon früh, dass Corona mit einer mittelschweren Grippe vergleichbar sei. Eine Lüge war auch, dass das Gesundheitssystem überlastet war. Das Gegenteil war der Fall: Die Krankenhäuser waren unterbelegt. Das kann jeder selbst anhand offizieller Zahlen überprüfen. Hinzu kam die permanente Angst, die verbreitet wurde über die Corona-Toten, die sich jedoch im völlig normalem Sterbegeschehen einreihten. Dabei wissen wir bis heute nicht, wer an und mit Covid gestorben ist. Es ging nur darum, Macht über uns zu bekommen. Das hätten auch Laien erkennen können, sie hätten nur ihren gesunden Menschenverstand einsetzen müssen.

DW: Sie betreiben in Heidelberg eine eigene Praxis. Sie schreiben im Buch, in Ihrer Kartei hätten sich etwa 50 Fälle von Patienten mit Impfschäden gesammelt. Über welche gesundheitlichen Probleme klagen die Betroffenen?
G.F.: Inzwischen sind es zwischen 60 bis 70 Fälle. Ich sehe ein weites Spektrum von Symptomen, vor allem neurologische, muskuläre und kardiale Probleme, zum Beispiel Muskelzucken am ganzen Körper, massiver Kraftverlust, der die Patienten manchmal sogar lähmt und in den Rollstuhl zwingt. Auch Autoimmunerkrankungen gehören dazu.

DW: Gehen die verschiedenen Beschwerden im Laufe der Zeit zurück?
G.F.: Bei einigen der Patienten hat sich der Gesundheitszustand tatsächlich gebessert, bei den meisten leider nicht. Da haben wir es wohl mit langwierigen Beeinträchtigungen zu tun. Übel ist, dass sich viele trotz der Beschwerden auf Empfehlung ihres Arztes noch weiter haben impfen lassen, wodurch sich die Probleme verschlimmerten – auch bei Jugendlichen.

DW: Wie können Sie sich sicher sein, dass es sich um Folgen der Impfung handelt?
G.F.: Die erwähnten Symptome traten in zeitlichem Zusammenhang mit der Impfung auf. Aber dennoch kann ich mir nicht sicher sein. Genau das ist das Problem: Um es zweifelsfrei belegen zu können, benötigen wir repräsentative Vergleichsstudien. Die kausale Zuordnung ist der heilige Gral, das kleine Einmaleins der Epidemiologie. Hier versagt der Staat komplett. Das RKI hat keine eigenen Studien gemacht. Das ist unfassbar. Aber ich unterstelle Absicht, weil sie wüssten, was dabei herauskommt. Ich hoffe dennoch, dass die Diagnostik hier weiter Fortschritte macht und man in naher Zukunft *Impfspikes* im Blut nachweisen kann. Auf experimenteller Basis ist es bereits möglich.

DW: Wie schätzen Sie die Gefahren und auch langfristigen Folgen der Impfung ein?
G.F.: Da halte ich lieber die Luft an. Ich selbst möchte das gar nicht in Worte fassen, verweise stattdessen lieber auf Sucharit Bhakdi. Seine Modelle gehen davon aus, dass das Immunsystem durch die Injektionen so stark beschädigt wurde, dass wir über Jahrzehnte hinweg eine massive Zunahme von Krankheiten wie Krebs und Tuberkulose sehen werden. Ich sehe dies bisher nicht im apokalyptischen Maß, aber ich bin alarmiert.

DW: Herr Dr. Frank, wir danken Ihnen für das Gespräch.

➔ Fortsetzung in Ausgabe 151

ZUR PERSON

Dr. Gunter Frank studierte Medizin in Heidelberg und Chicago. Seit 1998 ist er als Arzt für Allgemeinmedizin und Naturheilverfahren in eigener Praxis in Heidelberg niedergelassen. Der 60-Jährige ist Autor mehrerer sehr erfolgreicher und auch medizinkritischer Bücher (u. a. »Schlechte Medizin – Ein Wutbuch«, »Der Staatsvirus«), sein aktueller Bestseller ist »Das Staatsverbrechen«.

»Unser wichtigstes Gut soll uns genommen werden«

Wirtschaftsexperte Ernst Wolff über die menschenfeindlichen Pläne der globalen Finanzelite

INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Herr Wolff, viele Leser werden mit dieser Ausgabe den »DW« zum ersten Mal in ihren Händen halten. Wie würden Sie Menschen, für die die Welt bis zuletzt noch in Ordnung war, die nun aber plötzlich skeptisch werden und erste kritische Fragen stellen, erklären, was in den vergangenen dreieinhalb Jahren passiert ist?

Ernst Wolff: Wir erleben zurzeit eine historische Transformation. Zum einen ist das globale Geldsystem zerbrochen und muss durch ein neues ersetzt werden. Zum anderen steht der internationale Arbeitsmarkt aufgrund der rasanten Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI) vor einem nie dagewesenen Einbruch. Das alles passiert in einer Zeit, in der mehr Geld und mehr Macht in weniger Händen als je zuvor konzentriert ist. Die Finanzialisierung der Weltwirtschaft hat dazu geführt, dass heute zwei Unternehmen, nämlich BlackRock und Vanguard, den Finanzsektor beherrschen, während im IT-Bereich fünf Unternehmen, nämlich Alphabet, Apple, Amazon, Microsoft und Meta, den Ton angeben. Die Verschmelzung dieser beiden Lager – BlackRock und Vanguard sind Hauptaktionäre der IT-Giganten, diese wiederum verwalten deren Daten – hat zur Herausbildung des mächtigsten Kartells geführt, das die Welt bis heute gesehen hat: dem digital-finanziellen Komplex.

DW: Wer sind die Strippenzieher im Hintergrund?

E.W.: Der digital-finanzielle Komplex hat es in den vergangenen drei Jahrzehnten geschafft, einige der wichtigsten internationalen Organisationen wie die Vereinten Nationen, den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zu unterwandern, die führenden Zentralbanken der Welt seinen Interessen zu unterwerfen und zahlreiche Stiftungen, *Think Tanks* und NGOs wie Greenpeace und AMnesty International auf seine Seite zu ziehen und für sich zu instrumentalisieren. Eine besondere Rolle spielt dabei seit einigen Jahrzehnten das World Economic Forum (WEF). Es wurde 1971 vom deutschen Professor Klaus Schwab gegründet und hat es innerhalb eines halben Jahrhunderts geschafft, zu der am besten vernetzten politischen und wirtschaftlichen Schaltzentrale der Welt zu werden. Hinter dem WEF stehen die führenden Kräfte des digital-finanziellen Komplexes; in seinem Direktorium sitzen u. a. BlackRock-Gründer Larry Fink, EZB-Chefin Christine Lagarde, IWF-Chefin Georgiewa und Ex-US-Vizepräsident und Apple-Vorstandsmitglied Al Gore.

DW: Das WEF bildet seit 30 Jahren die politische und die korporative Elite im Rahmen der »Global Leaders of Tomorrow« und der »Young Global Leaders« aus. Wie kam es dazu?

E.W.: Die vielen Krisen der 1980er-Jahre – u. a. der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des Ostblocks, der zur Auflösung der Sowjetunion und zur deutschen Wiedervereinigung geführt hat – haben der Machtkonzentration in der Welt einen gewaltigen Schub verliehen. Das WEF hat die daraus entstandene Chance genutzt und bildet seit Anfang der 1990er-Jahre seinen Interessen ergebene Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Medien und Sport als zukünftige Führungskräfte aus. Dazu zählen u. a. Tony Blair, Nicolas Sarkozy, Emanuel Macron, Rishi Sunak, Justin Trudeau, Jeff Bezos, Elon Musk, Richard Branson und viele weitere prominente Namen, aus Deutschland u. a. Angela Merkel, Wolfgang Kubikki, Annalena Baerbock, Jens Spahn, Cem Özdemir oder Sandra Maischberger. Sie alle wurden nicht ausgewählt, sondern mussten sich um eine Teilnahme an der Ausbildung bewerben und haben sich offenbar als Teil des WEF-Netzwerks große Karrierechancen versprochen.



Drohen uns totalitäre Zeiten? Laut Ernst Wolff stehen der gesamten Welt nie gekannte soziale Spannungen und Verwerfungen bevor. Foto: privat.

DW: Es gibt auch noch andere vermeintlich humanitäre Stiftungen, die sehr mächtig sind, etwa die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung. Können Sie dazu ein paar Sätze sagen?

E.W.: Bill Gates hat sein Imperium mit zum Teil extrem fragwürdigen Geschäftsmethoden aufgebaut und wurde deshalb in 1990er-Jahren mit Prozessen überhäuft. Um sein Image aufzupolieren, hat er 1994 die William-Gates-Stiftung seines Vaters übernommen, sie 1998 in Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung umbenannt und seine damalige Ehefrau zur Sprecherin der Organisation gemacht. 2000 hat er den CEO-Posten bei Microsoft geräumt und verkündet, er wolle in Zukunft nur noch als Philanthrop aktiv sein. Anfang der 2000er Jahre konnte er daraufhin alle gegen ihn laufenden Verfahren außergerichtlich durch Zahlungen in Milliardenhöhe beilegen. Seitdem führt er die inzwischen reichste Stiftung der Welt mit ebenso fragwürdigen Methoden wie zuvor seinen Konzern, investiert in Rüstungs-, Pharma- und Fast-Food-Konzerne und hat u. a. als Geldgeber die Globale Impfallianz GAVI und die Better Than Cash Alliance mit auf den Weg gebracht.

DW: Was ist das Ziel der globalen Finanzelite?

E.W.: Es besteht vor allem in der Erhaltung ihrer Macht unter Bedingungen, die diese Macht gefährden. Das Zerbrechen des aktuellen Finanzsystems und der bevorstehende gewaltige Zusammenbruch der globalen Arbeitswelt durch den rasanten Fortschritt in der KI zwingen den digital-finanziellen Komplex zu einer Agenda, die aus der Abschaffung des Bargeldes und der Einführung digitaler Zentralbankwährungen besteht.

»DIE BEVÖLKERUNGEN SOLLEN MIT ALLEN MITTELN UNTER DRUCK GESETZT WERDEN«

DW: Warum ist die Einführung des digitalen Zentralbankgeldes gefährlich?

E.W.: Die Einführung von digitalem Zentralbankgeld (CBDCs) wird den Geschäftsbanken die Kreditvergabe entziehen und sie ausschließlich in die Hand der Zentralbanken legen. Diese werden in der Lage sein, uns individuelle Steuer- und Zinssätze zu erteilen, das Geld zweckgebunden zu vergeben, es an geographische Bedingungen oder auch an ein Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild zu knüpfen, uns Strafzahlungen aufzuerlegen oder uns ganz von allen Finanzflüssen abzuschneiden. Und das ist noch nicht alles: Es wird eine Wholesale-CBDC geben, die zwischen der Zentralbank und den großen Geldinstituten, u. a. Versicherungen und Rentenkassen gehandelt wird, und eine Retail-CBDC für uns einfache Bürger. Digitales Zentralbankgeld wird also das erste Zwei-Klassen-System in der Geschichte der Geldwirtschaft sein.

DW: Droht eine Währungsreform, die für uns alle mit großen finanziellen Verlusten verbunden ist und Spareinlagen sowie Vorsorgepläne zunichte macht?

E.W.: Wie genau die CBDC eingeführt werden soll, ist noch nicht klar. Es sieht aber alles danach aus, dass die Bevölkerungen mit allen Mitteln unter Druck gesetzt werden sollen, damit sie das neue Geld akzeptieren. Daher sollte man von einer finanziell sehr unsicheren Zukunft ausgehen und sich nicht auf die Garantieversprechen von Regierungen und Wirtschaft verlassen. Schlimmer als alle finanziellen Verluste wird jedoch der Verlust der Freiheit durch CBDCs sein.

DW: Wir erleben – das Wort wird von diversen Politikern oft benutzt – einen Transformationsprozess in eine neue Welt. Was droht uns?

E.W.: Klaus Schwab hat bereits 2016 das Buch »Die Vierte industrielle Revolution« veröffentlicht. Eine zentrale Rolle spielt darin die KI, die sich mit rasender Geschwindigkeit entwickelt. Laut einer im August veröffentlichten Studie von IBM werden 1,4 Milliarden Jobs weltweit betroffen sein, 40 Prozent davon – also über 500 Millionen – werden in den kommenden drei Jahren wegfallen. Noch erschreckender ist eine Studie von Open AI, dem Unternehmen, das Chat GPT auf den Markt gebracht hat und das vermutlich die größten *Insider*-Kenntnisse im Bereich KI besitzt: Open AI hat im März 2023 gemeinsam mit der Universität Pennsylvania eine Studie veröffentlicht, der zufolge 80 Prozent aller Arbeitsplätze auf die eine oder andere Weise von der Einführung von Chat-GPT betroffen sein werden. Der gesamten Welt stehen durch diese Entwicklung nie gekannte soziale Spannungen und Verwerfungen bevor. Um an den Hebeln der Macht zu bleiben, setzt der digital-finanzielle Komplex deshalb auf die totale Kontrolle der gesamten Menschheit. Dazu dienen Gesichtserkennung, Drohnenüberwachung, 15-Minuten-Städte, Sozialkreditsystem und die sogenannte bio-digitale Konvergenz,

Fortsetzung auf Seite 7

ZUR PERSON

Geboren 1950 in China, verbrachte Ernst Wolff seine Kindheit in Korea. Nach Schule und Studium in Deutschland und den USA arbeitete er als Dolmetscher und Drehbuchautor. Als Journalist beschäftigt sich der Wirtschafts- und Finanzexperte bereits seit Jahrzehnten mit der Wechselbeziehung von Politik und Finanzwirtschaft. Er schrieb mehrere *Bestseller*-Bücher (u. a. »Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzugs«, »Wolff of Wall Street«, »WEF – Die Weltmacht im Hintergrund«). In seinen Infokanälen (u. a. YouTube) und Vorträgen macht Wolff darauf aufmerksam, dass die Finanzkrise von 2008 sowie die Eurokrise nur die Vorboten eines aufziehenden globalen Finanz-Tsunamis waren.

FORTSETZUNG VON SEITE 6 | Von Klaus Müller

also die transhumanistische Agenda, das heißt, die Verschmelzung des Menschen mit der digitalen Sphäre. Gepaart mit der Einführung von CBDCs droht uns allen damit eine Welt, in der uns unser wichtigstes Gut – die Selbstbestimmtheit – vollständig genommen werden soll.

DW: Unsere Wirtschaft wurde in der vermeintlichen Pandemie massiv geschwächt, zudem die Bürger in Angst und Panik versetzt. War die Corona-Pandemie von langer Hand geplant?
E.W.: Zur Beantwortung dieser Frage reicht es in meinen Augen, sich folgenden zeitlichen Ablauf ins Gedächtnis zu rufen: 2001 wurde am WEF die globale Impfinitiative GAVI gegründet, 2009 änderte die WHO die Definition einer Pandemie, 2016 veröffentlichte die Rockefeller-Stiftung eine Studie, in der zahlreiche Maßnahmen beschrieben werden, die ab 2020 im Zuge der *Lockdowns* eingeführt wurden. 2019 führten das WEF, die Johns Hopkins Universität und die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung das Event 201 durch, in dem eine Pandemie simuliert wurde. 2020 rief die WHO die Pandemie aus. Sollte man da allen Ernstes an eine Aneinanderreihung von Zufällen glauben?

»KLIMA- UND GESUNDHEITSAGENDA DIENEN NICHT DEM WOHL DER MENSCHEN«

DW: Dann kam der Ukrainekrieg. Was hat es damit auf sich?
E.W.: Die Maßnahmen während der Corona-Krise haben für die größte Vermögensumverteilung von unten nach oben und für die Zersetzung des Mittelstands zugunsten der Plattformökonomie gesorgt. Der Ukrainekrieg ist im Grunde nichts anderes als die Fortsetzung der Umverteilung und der Zersetzung unter anderen Vorzeichen und mit anderen Mitteln. Über die Rüstungsindustrie fließen riesige Summen in die Kassen des digital-finanziellen Komplexes. Der Löwenanteil davon besteht aus Steuergeldern, und die meisten Steuern zahlt – der Mittelstand.

DW: Was halten Sie vom menschengemachten Klimawandel?
E.W.: Wie alles auf der Welt wandelt sich auch das Klima. Wie groß der Anteil des Menschen daran ist, kann niemand genau sagen. Aber eines lässt sich mit Sicherheit sagen: Die ökologische Situation auf unserem Planeten ist katastrophal, und das ist menschengemacht. Die Verseuchung der Weltmeere, die Verpestung der Luft und das Artensterben müssten dringend beendet werden, aber in diesen Bereichen passiert nichts. Stattdessen erhebt man CO2-Steuern und Mautgebühren, drangsaliert die Landwirte mit ESG-Regeln und erlässt alle möglichen gesetzlichen Einschränkungen, die vor allem mittelständische Unternehmen treffen und der Plattformökonomie damit helfen, noch größer zu werden. Um es klar und deutlich zu sagen: Die Klimaagenda hat – wie die Gesundheitsagenda der vergangenen drei Jahre – nichts mit ihrem öffentlich proklamierten Ziel zu tun. Sie dient nicht dem Wohl der Menschen, sondern ausschließlich dem Machterhalt des digital-finanziellen Komplexes.

DW: Für viele Menschen hat es den Anschein, als wäre Deutschland am schlimmsten betroffen – etwa in Bezug auf Deindustrialisierung, Energiewende, Massenzuwanderung. Oder täuscht das?
E.W.: Das täuscht. Es handelt sich um eine globale Agenda. Man muss nur die Deindustrialisierung in Großbritannien oder die Masseneinwanderung in Italien und den USA und den gleichzeitigen Niedergang des Mittelstandes in den genannten Ländern ansehen, dann weiß man: Hier wird international gehandelt.



Das WEF bildet seit Anfang der 90er-Jahre seinen Interessen ergebene Persönlichkeiten aus. Unter ihnen: Ex-Kanzlerin Merkel. Foto: Commons

DW: Wenn die globale Finanzelite viel mächtiger ist als alle Regierungen: Welche Rolle spielt denn die Politik?
E.W.: Von Politikern werden heute nur drei Eigenschaften gefordert: Sie dürfen kein Rückgrat haben, müssen dreist lügen können und bereit sein, sich den Wünschen und Forderungen des digital-finanziellen Komplexes voll und ganz zu unterwerfen. Dazu zwei Beispiele: Die Syriza in Griechenland hat den Menschen vor ihrer Wahl im Januar 2015 ein Ende der Austeritätspolitik versprochen, danach aber die härteste Austeritätspolitik in ganz Europa betrieben. Frau Meloni in Italien hat vor ihrer Wahl im Oktober 2022 den Austritt aus der EU und das Ende des Euro versprochen. Seit ihrer Wahl ist davon nichts mehr zu hören.

»WAHLEN WERDEN NICHTS VERÄNDERN«

DW: Es hat den Anschein, als wäre die deutsche Politikerriege inkompetent und unfähig: Ein Kanzler, der in Finanzskandale verwickelt ist, sich aber an nichts erinnern kann. Ein Wirtschaftsminister, der nicht weiß, was eine Insolvenz ist. Eine Außenministerin, die als Spitzendiplomatin, das Fingerspitzengefühl eines Elefanten besitzt, kaum einen Satz fehlerfrei aussprechen kann und sich permanent aufgrund ihrer fehlenden Bildung weltweit blamiert. Das ließe sich beliebig fortsetzen. Woran liegt das?
E.W.: Bei fast allen Kabinettsmitgliedern in Berlin handelt es sich um fachfremde, ahnungslose Dilettanten. Das ist kein Zufall, denn solche Politiker sind aufgrund ihrer Unfähigkeit leicht steuerbar. Die Steuerung übernehmen meist die Staatssekretäre. Im Fall Scholz ist das der ehemalige Goldman-Sachs-Deutschland-Chef Rolf Kukies, im Fall Habeck die ehemalige Europa-Chefvolkswirtin der US-Investmentbank Morgan Stanley und BlackRock-Mitarbeiterin Elga Bartsch und im Fall Baerbock die Ex-Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan.

DW Können Wahlen etwas verändern?
E.W.: Wahlen werden gar nichts verändern. Die parlamentarische Demokratie ist nur noch eine Fassade für die längst errichtete Diktatur des digital-finanziellen Komplexes. Es sind die Vermögensverwalter und die IT-Giganten, die weltweit das Spiel bestimmen, und nicht die Regierungen. Besonders gut kann man diese Veränderung im Bereich der Zensur sehen: Sie wurde früher von Regierungen ausgeübt. Heute sind es die großen Digitalkonzerne, die unsere Meinungsfreiheit einschränken.

DW: Ein Großteil der Bevölkerung hat den Glauben ans Parteiensystem längst verloren, was die Wahlbeteiligungen verdeutlichen. Andererseits setzen zunehmend mehr Menschen Hoffnung in die AfD oder in Österreich in die FPÖ. Zu Recht?
E.W.: Sowohl AFD als auch FPÖ sind Teil des aktuellen Politapparates. Ihre Parlamentsvertreter genießen die Privilegien, die man ihnen gewährt – hohes Einkommen, hohe Rentenansprüche und Vergünstigungen aller Art. Dass sie bei den Menschen Hoffnungen wecken, zeigt: Sie befeuern die Illusionen vieler Menschen, dass die aktuellen Probleme doch noch im Rahmen des Parlamentarismus gelöst werden können, und erfüllen damit für den digital-finanziellen Komplex eine wichtige, nämlich systemstabilisierende Rolle.



Mächtiger Mann, aber weder ein Demokrat noch ein Menschenfreund: WEF-Chef Klaus Schwab. Foto: Commons

Fortsetzung auf Seite 8

FORTSETZUNG VON SEITE 7 | Von Klaus Müller

»Wer das Spiel durchschaut, wird Widerstand leisten«

DW: Die Politik verkauft alles immer zu unserem Besten. Die Medien, die seit dreieinhalb Jahren wie gleichgeschaltet sind, machen dieses böse Spiel mit. Wie ist das zu erklären?

E.W.: Dazu muss man nur eine einzige Frage stellen: Wem gehören die Medien? (siehe Artikel rechts auf dieser Seite/Anm. d. Red.) Die wichtigsten, die sozialen Medien, sind Teil der IT-Giganten, der Rest wird zum überwiegenden Teil digital von den IT-Konzernen und finanziell von den Vermögensverwaltern beherrscht. Das wirkt sich natürlich auf die Inhalte der Berichterstattung und die Zusammensetzung der Redaktionen aus. Für systemkritische Journalisten ist in den Mainstreammedien kein Platz mehr.

DW: In George Orwells Klassiker »1984« heißt es: »Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke!« Wie ist es aus Ihrer Sicht möglich, dass sich die Herrschenden das Volk durch Propaganda, Manipulation und Falschinformationen gefügig machen?

E.W.: Die Menschen waren zu keiner Zeit in der Geschichte einer solchen Flut von Informationen ausgesetzt wie heute. Der überwiegende Teil dieser Informationen stammt aus den Händen ganz weniger Konzerne, die entweder Teil des digital-finanziellen Komplexes sind oder von ihm beherrscht werden. Dabei spielen in jüngster Zeit gesteuerte Angst-Kampagnen eine große Rolle. Vor dreieinhalb Jahren wurde den Menschen eingebläut, dass ihr Leben durch ein Virus gefährdet sei, gegenwärtig konzentrieren sich die Medien darauf, das Ende der Welt durch den Klimawandel zu beschwören. Angst lähmt und macht gefügig.

DW: Was hat es mit Themen wie Gendersprache oder Geschlechterwahl auf sich?

E.W.: Mit diesen im Grunde vollkommen irrelevanten Themen wird auf sehr geschickte Weise von den wirklich wichtigen Themen abgelenkt. Diese total überzogene Form der politischen Korrektheit stößt bei großen Teilen der Bevölkerung auf Missbilligung und Empörung – und absorbiert damit viel Energie, die sich sonst in der Form von politischem Protest entladen könnte.



Zählt zur globalen Finanzelite: Microsoft-Chef Bill Gates. Laut Wolff hat er sein Imperium mit zum Teil extrem fragwürdigen Methoden aufgebaut.
Foto: Commons

DW: Immer wieder kommen neue Verbote, Verordnungen, Gesetze, wie jüngst etwa das Heizungsgesetz, die dafür sorgen, die Bürger massiv in ihrer Freiheit einzuschränken und sie zu verarmen. Warum verharren viele Menschen dennoch in ihrer Lethargie?

E.W.: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Viele Menschen sehen den Tatsachen nicht ins Auge, weil sie sich eine Lösung der Probleme innerhalb der bestehenden Strukturen erhoffen. Da die vor uns liegenden gewaltigen Umwälzungen aber für die überwiegende Mehrheit mit dem Verlust des Jobs und einer drastischen Senkung des Lebensstandards einhergehen werden, wird diese Illusion schon bald wie eine Seifenblase zerplatzen. Das wird dazu führen, dass die Menschen sich in Scharen von denen abwenden werden, denen sie bisher vertraut haben und nach Alternativen zu deren Agenda suchen werden. Die erschwerten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse werden sie zwingen, ihre Lethargie abzulegen.

DW: Wenn das Finanzsystem am Ende ist: Was wäre denn eine menschenfreundliche Alternative im Gegensatz zu den bösen Plänen des WEF für unsere unmittelbare Zukunft?

E.W.: Es gibt kein Patentrezept für die Zukunft. Wie sie aussehen wird, hängt davon ab, wie selbstbestimmte Menschen sie gestalten wollen. Momentan haben wir es bei der Mehrheit mit weitgehend fremdgesteuerten Individuen zu tun. Ihnen einen fertigen Plan für ein besseres System vorzulegen, ist sinnlos. Aktuell besteht die wichtigste Aufgabe derjenigen, die die Menschenfeindlichkeit des gegenwärtigen Systems erkannt haben, darin, den Rest der Bevölkerung zu informieren und aufzuklären. Sobald diese Arbeit fruchtet, werden sich die Machtverhältnisse ändern. Dann wird nicht mehr eine Minderheit diktatorisch über unsere Zukunft entscheiden, sondern eine aufgeklärte Mehrheit den Weg in ein besseres Leben weisen.

DW: Was können wir tun, um die Pläne der globalen Finanzelite noch zu verhindern?

E.W.: Der wichtigste Trumpf in den Händen der Mächtigen ist das Vertrauen der Mehrheit der Menschen in das bestehende System. Das aber basiert auf Unwissen. Genau hier muss man ansetzen: Die Menschen über die Kräfte, die am Werk sind und die Gefahren, die uns allen drohen, informieren und aufklären. Wer das Spiel der Mächtigen durchschaut, der wird nicht länger bereit sein, sich ihnen unterzuordnen, sondern Widerstand leisten, aber fundierten Widerstand. Wichtig ist auch die Vernetzung mit Gleichgesinnten, denn keiner von uns kann auf sich allein gestellt und ohne die Unterstützung anderer viel bewegen.

DW: Wenn jetzt nun jemand behauptet, all das, was Sie sagen, seien doch größtenteils unbelegte Behauptungen und Verschwörungstheorien. Was entgegnen Sie ihm?

E.W.: Ich würde ihm zuerst erklären, dass der Begriff »Verschwörungstheorie« eine Wortschöpfung der US-Geheimdienste zur Verunglimpfung von Kritikern ist und ihn dann fragen, ob er sich durch den Gebrauch des Wortes auch weiterhin zum geistigen Komplizen dieser Kräfte machen möchte.

DW: Herr Wolff, wir danken Ihnen für das Gespräch.

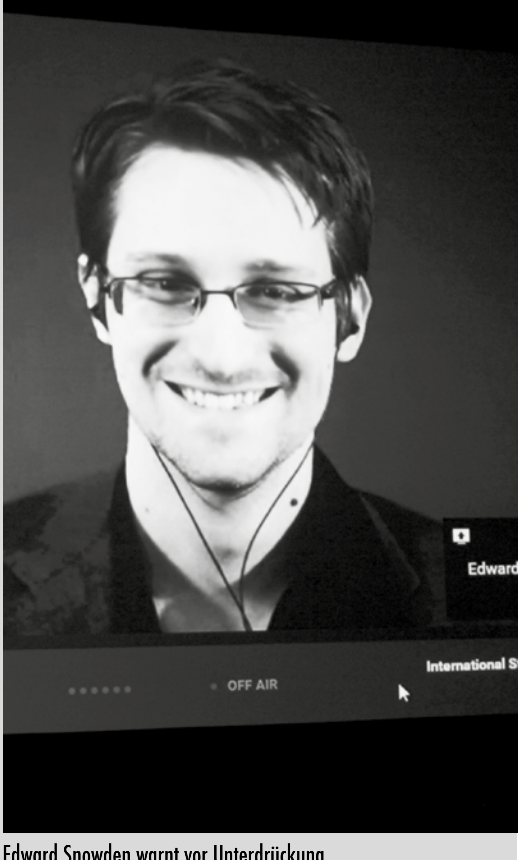


Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

GRUSS AUS DEM EXIL

»Während sich der autoritäre Staat immer weiter ausbreitet, während sich Notstandsgesetze mehren und wir dafür unsere Bürgerrechte opfern, opfern wir auch unsere Fähigkeit, das Abrutschen in eine weniger freie Welt aufzuhalten. Sie wissen bereits, was du dir im Internet anschaust. Sie wissen bereits, wohin sich dein Telefon bewegt. Jetzt wissen sie auch noch, wie hoch deine Herzfrequenz ist, wie hoch dein Puls ist. Was passiert wohl, wenn sie anfangen, all das zu verknüpfen und künstliche Intelligenz darauf anzuwenden? Egal, wie es genutzt wird: Regierungen verwenden das Coronavirus, um die Architektur der Unterdrückung aufzubauen. Der Notstand wird immer mehr erweitert werden. Und der Überwachungsstaat, der aktuell aufgebaut wird, wird das Coronavirus überdauern.«

– Edward Snowden, Verfolgter US-*Whistleblower* und Ex-CIA-Mitarbeiter, in einem Interview mit *Vice* am 10. April 2020



Edward Snowden warnt vor Unterdrückung



Foto: CC

DAS MEDIENVERSAGEN HAT GRÜNDE

Objektive Berichterstattung? Fehlanzeige! Die sogenannten Leitmedien werden »von oben« gelenkt. Das gilt auch für die »Faktenchecker«. *Correctiv* beispielsweise wird u. a. von der Open Society Foundations des US-Milliardärs George Soros finanziert.

Schon gewusst, dass...?

... Milliardär Bill Gates für ihn »passende Medien« unterstützt? Darunter den *Spiegel*. Dieser erhielt von 2019 bis 2021 rund 2,3 Millionen Euro von der Bill und Melinda Gates Foundations für das Projekt »Globale Gesellschaft«, das zwischenzeitlich zu denselben Millionenbeträgen bis 2025 verlängert wurde.

... die SPD hundertprozentige Eigentümerin der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) ist? Diese wiederum ist an über 40 deutschen Tageszeitungen, mehreren Rundfunksendern und anderen Medienunternehmen beteiligt, zum Beispiel an der Verlagsgesellschaft Madsack. Zu dieser gehören 19 Tageszeitungen, mehr als 20 Anzeigenblätter, zudem das *Redaktionsnetzwerk Deutschland* mit rund 60 weiteren Blättern.

... Zeitungsverlage massiv von der Politik mit Millionensummen subventioniert werden? Damit solle angeblich u. a. die »Medienvielfalt« gefördert werden. Weitere »Subventionen« flossen in Form von Anzeigenerlösen im Rahmen der Corona-Spritzenkampagne.

... die Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren rund 1,5 Millionen Euro Honorare an Journalisten zahlte? Die meisten der Profiteure arbeiten beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), unter ihnen zum Beispiel Linda Zervakis, Judith Rakers, Eckart von Hirschhausen. Erst Geld kassieren, dann kritisch berichten? Unmöglich! Oder wie die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb: »Wer als Journalist vom Staat Geld nimmt, schaufelt dem Journalismus das Grab.«

Dies sind nur ein paar Beispiele, die zeigen, warum den Staats-, Partei- und Konzernmedien nicht zu trauen ist. Die Liste ist beliebig erweiterbar. Beispiel Axel Springer (u. a. »Bild«): Rund 36 Prozent der Anteile an der Axel Springer SE gehören US-Investor KKR, dessen Hauptaktionäre sind Vanguard und BlackRock. Böser Russe, guter Amerikaner? Verwundert demnach nicht. Einmal mehr heißt es: Follow the money! (kmü)

Journalismus, Macht und wir – das Publikum

Warum erfüllen die Leitmedien ihren öffentlichen Auftrag nicht? Warum sendet der öffentlich-rechtliche Rundfunk an dem vorbei, was der Medienstaatsvertrag von ihm verlangt? Antworten von Michael Meyen, Autor des Spiegel-Bestsellers »Die Propaganda-Matrix« und der Medienkolumne in dieser Zeitung

Die Medien sind der Schlüssel, sagen viele bei den Veranstaltungen, die ich im Moment mache. Oft folgen dann Fragen. Was ist los mit den Redaktionen? Warum liefert der Journalismus nicht das, wofür wir ihn bezahlen – Ausgewogenheit zum Beispiel und Meinungsvielfalt? Warum wurden Kritiker der Corona-Politik ab März 2020 ignoriert, diffamiert oder lächerlich gemacht? Oft wird es dann konkret. Die Zahlen zu den Berliner Augustdemos natürlich. Die Ablehnung der Petitionen von Bastian Barucker, der doch eigentlich nur etwas ganz Selbstverständliches wollte – eine Debatte im *Ersten* zwischen Christian Drosten, Lothar Wieler, Karl Lauterbach auf der einen und Sucharit Bhakdi, Wolfgang Wodarg, Stefan Homburg auf der anderen Seite. Warum, Herr Meyen, übernehmen die Leitmedien einfach das, was die Regierungen sagen? Warum schüren sie ständig Angst?

Wenn es schnell gehen muss, sage ich: Vergesst, was ihr in der Schule über den Journalismus gehört habt. Vergesst das Gerede von der vierten Gewalt, von Objektivität, von Unabhängigkeit. Das ist Teil der Propaganda, nach Westdeutschland gebracht von den Siegern im Zweiten Weltkrieg, um zu verschleiern, was die Leitmedien eigentlich sind – Sprachrohre der Macht. Wenn alle daran glauben, dass der Journalismus ein Handwerk ist, sogar gebaut auf einem wissenschaftlichen Fundament, dann werden die Fernsehnachrichten zur Wirklichkeit. Dann sieht keiner mehr, dass die Redaktion heute Abend auch über etwas ganz anderes hätte berichten können, über Menschen zum Beispiel, die ihr Geld mit den Händen verdienen und unter all dem leiden, was die Regierung so anstellt. Inflation, Krieg, Dauerpanik. Dann kommt auch niemand auf die Idee, dass die Regierung ihre Finger im Spiel hat bei dem, was gesendet wird und bei dem, was unter den Tisch fällt.

Wenn mehr Zeit ist, muss ich diesen letzten Satz erklären. Es gibt die Anrufe natürlich, aus dem Kanzleramt, aus den Ministerien, von einzelnen Politikern. Wir wissen, dass sich Steffen Seibert, damals Merkels Sprecher, Anfang Juni 2020 in Berlin mit Vertretern von Google und Facebook getroffen hat. Wir kennen die Twitter-Files, die beweisen, dass CIA und FBI im Herz des Konzerns gesessen haben, als darüber entschieden wurde, welche Konten gelöscht, gesperrt, verbannt werden. Dieser direkte Draht ist aber nur ein Teil des Problems und kann selbst dann nicht alles erklären, wenn man annimmt, dass auch der kleinste Redakteur mitbekommt, wenn ein Abweichler bestraft wird.

Der Alltag ist komplizierter. Im Alltag muss dieser Redakteur malochen. Seiten füllen, Seiten aktualisieren, dafür auf den Plattformen werben und dann auch noch auf das reagieren, was das Publikum dazu sagt. Journalismus ist zu einem Bildschirmjob geworden – auch weil die Budgets für Personal und Recherchen schrumpfen. Die Medienhäuser gehören superreichen Familien, die nicht zufällig so wohlhabend geworden sind und über ihre Plattformen dafür sorgen, dass das so bleibt. Haben Sie in Ihrer Zeitung schon einmal einen Kommentar gelesen, der einen Streik feiert? Warum sollte ein Milliardär zulassen, dass seine Angestellten Gewerkschaften nach dem Mund reden, gegen Kriege anschreiben und die transatlantischen Brücken torpedieren, auf die sich sein Einfluss stützt? In so einem Verlag zu arbeiten, muss man sich heute leisten können. Der Weg in den Beruf ist lang und schlecht bezahlt. Fragen Sie die Verkäuferin, den Tankwart, den Maurer. Den Sohn oder die Tochter auf eine Journalistenschule schicken? Undenkbar. In den Redaktionen dominieren deshalb Mittelschichtkinder, die weiter aufsteigen wollen als ihre Eltern und »die da oben« bewundern, weil sie das geschafft haben, was man selbst gern möchte.



DW-Kolumnist Prof. Michael Meyen nimmt die Rolle der Medien in den vergangenen dreieinhalb Jahren unter die Lupe. Foto: privat.

Außerdem kennt man sich, von der Universität, aus dem Viertel, vom gemeinsamen Urlaub. Uwe Krüger, Medienforscher aus Leipzig, hat von einer »Verantwortungsverschwörung« gesprochen: Journalisten wissen, was gut ist und was schlecht (so ziemlich das gleiche, was die Eliten in Politik, Wirtschaft, Kultur gut oder schlecht finden), und glauben, dass sie Einfluss auf die Menschen haben. Also wird das weggelassen, was den eigenen Wünschen und Zielen im Weg zu stehen scheint, und das betont, was helfen könnte. 17.000 Demonstranten am 1. August 2020 in Berlin. Sagt sogar die Polizei – einer der Apparate, die ihre Medienabteilungen in den letzten 15 Jahren erheblich aufgestockt haben und so dafür sorgen, dass die ausgedünnten Redaktionen genau das bekommen, wonach sie ohnehin suchen – Exklusivnachrichten, schon mundgerecht aufbereitet und damit ohne großen Aufwand zu publizieren.

Wer wissen möchte, warum sich die Kräfteverhältnisse in der Öffentlichkeit verschoben haben, muss nicht nur den Kahlschlag in den Redaktionen kennen, sondern auch das, was Parteien, Ministerien, Konzerne, Stiftungen in die Außendarstellung investieren. Friseur- und Fotografenrechnungen oder Honorare für TV-Gesichter sind da nur die Spitze des Eisberges, eher als Aufreger geeignet und Ablenkung von den Strukturen, über die wir eigentlich diskutieren müssten. Allein das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat gut 500 Planstellen und an der Spitze drei einstige Topjournalisten (Steffen Hebestreit, Wolfgang Büchner, Christiane Hoffmann, nominiert von Rot, Gelb, Grün), die das Know-how und die Kontakte einbringen, um die Kollegen von einst bei fast jeder Schandtat mitzunehmen.

Und dann sind da die Digitalkonzerne – Zensurmaschinen einerseits, weil Gesetze wie das NetzDG oder Selbstverpflichtungen wie der EU-Verhaltenskodex gegen Desinformation genau das forcieren, und andererseits Spaltpilze für die Gesellschaft. Wer auf den Plattformen unterwegs ist, muss klare Kante zeigen. Dafür oder dagegen. Eins und null. Hier wird die Formel der Digitalisierung plötzlich klar. Instagram, Facebook, X (Twitter) lassen Maß und Mitte verschwinden und damit jede Differenzierung, alles Fragen, jedes Abwägen. Diese Plattformen sind eine Kampfansage an eine Menschlichkeit, die sich Zeit zum Nachdenken nehmen möchte und Ambivalenzen genauso kennt wie die Unwägbarkeiten des Daseins. All das passt nicht in ein paar Zeichen. All das passt auch deshalb nicht, weil es schnell gehen muss. Das Digitale lebt von Tempo und Frequenz.

Was das mit dem Journalismus und den Leitmedien zu tun hat? Selbst das Lokalblatt ist längst im Netz. In manchen Landkreisen wird überhaupt nicht mehr gedruckt und zugestellt. Das heißt: Um Reichweite zu bekommen, müssen die Redaktionen die Digitallogik bedienen, ob sie wollen oder nicht. Wir wissen inzwischen, was die Plattformen aus den Zeitungen machen. Sie lassen das Leben und die Probleme von denen verschwinden, die keine Zeit und vielleicht auch keine Lust haben, permanent *online* zu sein, und so nicht dazu kommen, ihre Interessen in der Spirale der Aufmerksamkeit zu füttern. Sie verjagen den Reporter, der rausgeht aus dem Büro, sich überraschen lässt und dann sein Publikum mitnimmt, und installieren dafür Götter der Gesinnung, denen ein Blick auf X (Twitter) genügt, um ihre Artikel zu schreiben, und die eher Marketing-Leute in eigener Sache sind als Journalisten. Jan Böhmermann zum Beispiel, 2,7 Millionen Follower auf X und 15 Millionen auf TikTok.

Die Medien sind der Schlüssel, klar. Es wäre aber blauäugig anzunehmen, dass dieser Schlüssel einfach so den Besitzer wechseln kann. Dafür gibt es nur einen Weg. Das Publikum ist größer. Viel größer. Es muss das nur noch verstehen und all das beiseiteschieben, was es angeblich trennt.

ZUR PERSON

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München. Bücher: »Die Propaganda-Matrix« (Rubikon, 2021), »#allesdichtmachen« (Ovalmedia, 2022), »Wie ich meine Uni verlor« (Edition Ost, 2023).

Corona – Die Fehlleistungen der deutschen Justiz

Mit den Arbeitsergebnissen der Justiz in Corona-Prozessen können wir nicht zufrieden sein. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen und über die Hintergründe zu räsonieren | Von Prof. Dr. Martin Schwab

I. Keine Überprüfung der medizinischen Grundannahmen

Beharrlich weigern sich die Gerichte bis heute, die medizinisch-wissenschaftlichen Prämissen der Corona-Politik zu hinterfragen oder gar auf den Prüfstand einer gerichtlichen Beweisaufnahme zu stellen.

Das BVerfG nahm in der Entscheidung »Bundesnotbremse I« weder Anstoß am Inzidenzwert noch an der rein PCR-basierten Diagnostik, die diesem Wert zugrunde liegt – obwohl auf der Hand liegt, dass der Inzidenzwert nur die Testaktivität misst und obwohl Lothar Wieler im Epidemiologischen Bulletin 39/2020 selbst zugegeben hatte, dass ein PCR-Test nicht erkennen kann, ob sich das Virus vermehrt. Die Vermehrung des Erregers ist aber nach Paragraph 2 Nr. 2 IfSG ein Wesensmerkmal einer Infektion.

Der BGH verweigerte am 3. August 2023 einem Musiker, der vier Monate lang nicht hatte auftreten dürfen, eine *Lockdown*-Entschädigung mit der Begründung, die Politik habe angesichts exponentiell steigender Infektions- und Todeszahlen im Frühjahr 2020 rechtmäßig *Live*-Auftritte von Musikern verbieten dürfen. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Das interessierte den BGH nicht (siehe dazu meine Kolumne in DW 143).

In Paragraph 4 IfSG werden die Aufgaben des RKI näher umschrieben. In dieser Vorschrift ist also an sich nur geregelt, was das RKI machen soll, um übertragbare Krankheiten zu bekämpfen. Die Gerichte brachten es jedoch fertig, aus dieser Aufgabenzuweisung den Rechtssatz herzuleiten, dass die Verlautbarungen des RKI keiner gerichtlichen Kontrolle unterliegen. Kontrollfreie Spielräume der Exekutive sind im deutschen Verwaltungsrecht ein Novum.

Konsequenz: Das RKI kann jeden Unsinn der Welt erzählen – die Gerichte übernehmen es kritiklos. Das RKI konnte verkünden, dass man mit Masken die Ausbreitung von Viren bekämpfen könne, obwohl weder OP- noch FFP2-Masken dafür geschaffen sind: Die Gerichte schluckten es. Beweisanträge, dass Masken generell gesundheitsschädlich sind, wurden trotz eindeutiger Studienlage abgelehnt. Ein Weimarer Richter, der diese Mauer der Ignoranz durchbrach, wurde wegen Rechtsbeugung verurteilt nicht (siehe DW 146).

Und selbst wenn das RKI selbst nicht mehr weiter weiß, erhält es gerichtliche Rückendeckung. Das AG Westerstede verurteilte am 10. März 2023 eine Beschäftigte im Gesundheitswesen zu einem Bußgeld, weil sie ohne COVID-Impfung gearbeitet hatte. Es führte auf einer halben Seite aus, dass das RKI zum Ansteckungsschutz durch die Impfung über keine Daten verfüge – und trotzdem bescheinigte das Gericht der Injektion eine relevante Fremdschutzwirkung (siehe DW 138). Im Wehrbeschwerdeverfahren vor dem BVerwG gegen die



DW-Kolumnist Prof. Martin Schwab zeigt auf, inwiefern die Justiz während der sogenannten Pandemie versagte und warum die Weichen für diese Fehlentwicklung bereits in der Ausbildung der Juristen gestellt werden. Foto: privat.

Soldaten-Impfpflicht gab es dann endlich mal eine Beweisaufnahme, die insbesondere zutage förderte, dass die Impfstoffüberwachung durch das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) eine reine Alibi-Veranstaltung ist. Trotzdem wies das BVerwG die Beschwerde zurück. Wer dazu mehr von mir lesen will, sei auf meine Schriftsätze im Anhörungsrügeverfahren verwiesen, die auf der *Homepage* von Rechtsanwalt Wilfried Schmitz veröffentlicht sind.

In den aktuellen Impfschadensprozessen sehen die Gerichte aktuell durchgängig ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis der COVID-Injektionen als gegeben an und führen dafür die Einschätzung des PEI und der European Medicines Agency ins Feld. Offenbar erkennt noch niemand, dass diese Einschätzung weder unbedingt ursprünglich richtig war noch für die Zukunft in Stein gemeißelt ist: Wenn es dazu mittlerweile bessere Erkenntnisse gibt, haben die Gerichte diese zu berücksichtigen.

Ein Anwalt aus meiner Region musste sich kürzlich von einer Richterin Folgendes anhören: Ob Masken schützen und ob sie gesundheitsschädlich sind, entscheide weder ein Gericht noch ein Gutachter, sondern allein die Regierung. Das ist nicht das Selbstverständnis der Justiz eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats, sondern der eines autoritären Obrigkeitsstaats.

II. Gehorsam um des Gehorsams willen

Auf dieser Linie liegt es, wenn Gerichte Bußgelder für Corona-Verstöße selbst dann noch verhängen, wenn sich die zugrunde liegenden Regeln als unsinnig und nutzlos erwiesen haben. Sowohl das OLG Oldenburg als auch das OLG Karlsruhe halten es für richtig, dass Beschäftigte im Gesundheitswesen, die unter der Geltung des Paragraph 20a IfSG kein Betretungsverbot hatten und deshalb ohne Corona-Spritze weiterhin arbeiten gingen, eben dafür auch heute noch ein Bußgeld aufgebrummt bekommen. Wohlgemerkt hatte Karl Lauterbach selbst im November 2022 verkündet, die einrichtungsbezogene Nachweispflicht könne die ihr zugedachte Funktion, vulnerable Patienten zu schützen, nicht erfüllen, weil die COVID-Injektionen nicht vor Ansteckung schützten. Wenn trotzdem jetzt noch Bußgelder verhängt werden, dann geht es nicht mehr um Gesundheitsschutz. Dann geht es nur noch darum, im Auftrag der Regierung von den Untertanen – nicht anders werden die Menschen von der deutschen Justiz in Corona-Prozessen behandelt – bedingungslosen Gehorsam einzufordern.

Die gleiche Geisteshaltung kam zum Ausdruck, als das AG Bielefeld sich weigerte, ein Bußgeldverfahren in folgendem Fall einzustellen (siehe DW 129): Ein Ehepaar hatte es gewagt, ein Sandwich ohne 2G-Nachweis zu verzehren. Im Bereich der Außentische jenes Lokals, in dem es das Sandwich zum Mitnehmen bestellt hatte. Die Richterin war partout nicht bereit, das Verfahren einzustellen. Man müsse sich eben an die Regeln halten. Und dass die Vorschriften rechtens gewesen seien, hätten ja die Oberlandesgerichte bereits festgestellt. Klingt nach: Ich führe hier auch nur Befehle aus.

III. Mediale Feindbild-Rhetorik

Jegliche professionelle Distanz lassen jene vermissen, die in ihre juristischen Texte jenes diffamierende Vokabular einfließen lassen, das in den Konzernmedien zur Hetze gegen Andersdenkende eingesetzt wird. Die Staatsanwältin im Prozess gegen Heinrich Habig (siehe DW 144) wetterte in ihrem Plädoyer, die Behauptung, es gebe bei den Corona-Spritzen Nebenwirkungen, sei »Querdenker-Ideologie«.

Einem Künstler, dessen Auftritt wegen seiner Kandidatur für die Partei dieBasis abgesagt worden war, versagte das AG Rendsburg das Ausfallhonorar: Jener Künstler sei an der Absage selber schuld. Was müsse er auch für eine »extremistische Splitterpartei« kandidieren (siehe DW 130).

Das AG Heilbronn verurteilte unlängst eine Frau wegen Fälschung von Corona-Tests. Für die Fälschung habe sie ein Motiv. Denn sie gehöre der »esoterischen Szene« an, die nichts von Corona halte.

IV. Wie konnte es dazu kommen?

Viele Weichen für diese Fehlentwicklung werden schon in der Ausbildung gestellt:

- Der junge Jurist lernt schnell, sich in Hierarchieverhältnisse einzuordnen und diese zu akzeptieren. Manche, die sich in der Nahrungskette weiter oben wähnen, zelebrieren dieses vertikale Verständnis regelrecht und versuchen, jenen, die sie weiter unten wähnen zu signalisieren, sie könnten überhaupt nichts und seien zu allem zu dämlich. Es wird nach oben gebuckelt und nach unten getreten.

- Bei der Wahl des Richterberufs steht häufig das Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit Pate: Sicherer Job, geregeltes Einkommen. Diese Grundhaltung erhöht die Anfälligkeit für vermeintliche Sicherheit verheißende Propaganda. Eine Studentin aus meiner Berliner Zeit berichtete mir nach bestandenem Assessorexamen, diejenigen ihrer Mitreferendare, die die meiste Angst vor dem Virus hätten, seien alle Richter geworden.

- Obwohl die Denkfigur des Autoritätsbeweises eigentlich seit Immanuel Kant überwunden sein sollte, klammern sich viele Studenten an die »herrschende Meinung« – teils aus Bequemlichkeit (selbst denken ist anstrengend), teils aus Unsicherheit, ob der Korrektor in der Klausur eine abweichende Ansicht überhaupt gelten lässt. Im Referendariat und im Assessorexamen zählt sowieso nur noch die höchstrichterliche Rechtsprechung.

- Das Bewusstsein, ein Herrschaftsinstrument zu beherrschen (nämlich das Gesetz), verleitet manchen Juristen zu der Fehlvorstellung, einer elitären Kaste anzugehören, die über dem rechtsuchenden Publikum steht. Ein Doktorand in Heidelberg hörte gar nach bestandener Promotion auf, die Dame an der Pforte des Juristischen Seminars zu grüßen.

- Jurastudenten werden mit so viel rechtlichem Detailwissen vollgestopft, dass ihnen jeglicher Anreiz genommen wird, über den Tellerrand zu gucken. Bevor man sich in medizinische Zusammenhänge einliest, verlässt man sich dann halt lieber auf das RKI. Mit ein bisschen Einarbeitung würde ein Jurist gewiss nicht alle Irrtümer der Fachleute erkennen. Wohl aber alle Lügen.

Dass die Regierung ihr eigenes Volk belügt und in ein lebensgefährliches Gen-Experiment treibt, kommt indes in der Vorstellungswelt eines sozialisierten Juristen nicht vor. Obrigkeitsglaube, Überlegenheitsdünkel und Engstirnigkeit haben die Corona-Fehlurteile massiv begünstigt.

ZUR PERSON

Prof. Martin Schwab ist Rechtswissenschaftler und seit Oktober 2015 Professor an der Universität Bielefeld. 1998 nahm er zusammen mit Studienkollege Stephan Harbarth, dem umstrittenen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, seine Promotionsurkunde vom selben Doktorvater entgegen. Schwab ist ein Hoffnungsträger der Demokratiebewegung und Kolumnist dieser Zeitung.

Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR • Regional Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
SALZBURG - A: Dienstag 13.00 • ORF Salzburg • Kollegienkirche
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK,18 Uhr, am Rathaus – APOLDA, 18.30 Uhr, am Markplatz – ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck – DÜNWALD, 19 Uhr, vor der Gemeindeverwaltung – EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus – WEISSENFELS, 18 Uhr, Jüdenstr/Ecke Markt.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 7.10.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 7.10.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-bhf Röntgental	Autokorso
Sa, 7.10.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 7.10.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 7.10.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 7.10.2023 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz direkt am Konzerthaus	Friedensmarsch
Sa, 7.10.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 7.10.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 7.10.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 7.10.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 8.10.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 9.10.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 9.10.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 9.10.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 9.10.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 9.10.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilians traße 26	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-19:15 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Mo, 9.10.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 9.10.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 9.10.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 9.10.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 9.10.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 9.10.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 10.10.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 10.10.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 10.10.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 10.10.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 10.10.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 11.10.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 11.10.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 11.10.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 11.10.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 11.10.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 11.10.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 11.10.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 11.10.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 11.10.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 11.10.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 11.10.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 12.10.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 12.10.2023 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 12.10.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 12.10.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 12.10.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 12.10.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 12.10.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 12.10.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 12.10.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 12.10.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 13.10.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 14.10.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 14.10.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 14.10.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 14.10.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 14.10.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 14.10.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 14.10.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 14.10.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 28.10.2023 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad-Adenauer-Platz direkt am Konzerthaus	Fahrradkorso
Mi, 1.11.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mo, 6.11.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN

Hin Da! KULTURKALENDER

07.10.2023 • Berlin; Mastul e.V., Liebenwalderstr. 33, 13347 Berlin • LESUNG • »Vorurteile in Lach-Haft« ein Perspektivwechsel von und mit Sven Kocar • 20:00 Uhr-22:00 Uhr • Infos unter www.svocar.de

14.10.23 • Hamburg; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net

20.10.23 • München; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net • AUSVERKAUFT

21.10.23 • München; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • WORKSHOP • »Angst essen Freiheit auf!« von und mit Kayvan Soufi-Siavash • 10:00 Uhr – 17:00Uhr • Tickets:180€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net

22.10.23 • Rosenheim; Kulturkongress, Kufsteiner Str. 4, 83022 Rosenheim • COMEDY-SHOW • »Spitze Zungen oder: Ist Satire noch erlaubt?« mit Lisa Fitz, Uwe Steimle, Marco Rima und anderen • Einlass ab 18:00 Uhr, Beginn 19:00 Uhr • Tickets ab 39€ unter friedensweg.ticket.io

22.10.23 • Wittenhofen/Deggenhausertal, Alfons-Schmidmeister-Halle, Schulweg 9, 88693 Deggenhausertal • VORTRAG • »Nur die Wahrheit zähl, wie wir aus der Krise kommen« von Peter Hahne • 15:00 Uhr • Eintritt frei, Spende erbeten

26.10.23 • Würzburg; Congress Centrum, Pleichertorstraße, 97070 Würzburg • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:30 Uhr • Tickets: 29€ unter friedensweg.ticket.io

27.10.2023 • Berlin; Al Hamra, Raumer Str. 16, 10437 Berlin • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

27.10.23 • Osterhofen; Hambacher Kulturfördervere-in e.V./ Donaucenter Schubert, Donau-Gewerbepark 24, 94486 Osterhofen • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:00 Uhr • Tickets: 39€ unter friedensweg.ticket.io

28.10.2023 • Wasserburg am Inn, genaue Adresse wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Für den Frieden« mit Eugen Drewermann, Silke Schäfer, Ulrike Guérot, Hans-J. Maaz und Musik von und mit André Krengel (Gitarre) • 10:00 Uhr-19:00 Uhr, Einlass ab 9:00 Uhr • Tickets: 99€ unter krasser.guru

03.11.2023 • Köln; Hinterhofsalon, Aachenerstr. 68, 50674 Köln • LESUNG/MUSIK/TANZPARTY • »Kreideherz« ein Roman der in den legendären 80er Jahren spielt von Stephan Falk • 20:00 Uhr - 22:30 Uhr • Tickets: 20€ unter krasser.guru

07./08./09.11.2023 • Dresden; Stromwerk, Kulturarena im Kraftwerk Mitte 28, 01067 Dresden • FAIR TALK • »Auf Augenhöhe« Thema und Gäste werden noch bekannt gegeben • 19:30 Uhr - 22:30 Uhr • Tickets:25€ unter krasser.guru

20.11.2023 • Wasserburg/ Inn; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

25.-26.11.2023 • Köln; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Frieden ohne Nato« zwei Tage mit Miachael Ballweg, Blue Flower, Wolfgang Effenberger, Klaus Hartmann, Sabiene Jahn, Dr. Ansgar Klein, Ralf Ludwig u.v.m. • Tickets: Samstag 35€, Sonntag 25€, beide Tage 50€ unter krasser.guru

01.07.-31.10.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens» Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

STICHWORT DW-AKADEMIE

Anselm Lenz und der DW gründen eine Hochschule: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: akademie@demokratischerwiderstand.de oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen mit Anselm Lenz bezüglich dem Hochschul- und Stiftungsvorhaben direkt in Kontakt treten? Schreiben Sie zunächst an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de mit dem Betreff: »Lenz, wir bauen auf!«



EVA HERZIG, ÖSTERREICHISCHE SCHAUSPIELERIN (U. A. ARD-FILMREIHE »STEIRERKRIMI«):

»Wer Klaus Schwabs Buch gelesen hat, stellt fest, dass es zur Realität viele Parallelen gibt. Es hängt von uns ab, in welche Richtung es laufen wird. Es geht um Eigenverantwortung. Verharren wir weiter in der Bequemlichkeit, sind wir leicht manipulierbar.« (siehe Interview in DW-Ausgabe 123)



MICHAEL SCHUCH, PRAKTIZIERENDER CHRIST IM WIDERSTAND:

»Wer zu den bösen Taten der Herrschenden schweigt, stimmt zu. Daher ist Opposition die einzige Alternative für Menschen, die sich Christen nennen. Ihre Triebfeder sollte dabei immer die ›Liebe zur Wahrheit‹ (2Thes 2,10) sein. Koste es, was es wolle.«



WIR SIND DIE OPPOSITION



Seit dem 28. März 2020 gehen jeden Tag in sämtlichen Regionen unseres Landes die Menschen auf die Straße. Die Forderungen sind von Beginn an: das Ende der Corona-Lüge, die Rückkehr zur Verfassung und dem Nürnberger Kodex, der Rücktritt der Regierung und Neuwahlen, bundesweite Volksabstimmungen über alle grundlegenden Fragen und eine Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes. Hier ein kleiner Überblick über einige dieser Millionen mutiger Demokraten.

20.000 Menschen versammeln sich am 3. Oktober 2023 in Berlin. Es ist ein Querschnitt der Gesellschaft. Fotos: Georgi Belickin

Hinweis: Alle bisherigen 149 Ausgaben gibt es im Internet auf www. demokratischerwiderstand.de.









HELGE SPUNKT, YOUTUBE-STREAMER, BÜRGER-JOURNALIST, VERANSTALTUNGSLEITER:

»Die Politik stürzt die Welt und mittlerweile auch das bisher relativ stabile Europa bewusst in Spaltung, Chaos und Krieg, um mithilfe von Konzernen, Lobbyisten und Anleihen aus der Merkel-Ära die Agenda der Eliten durchzupeitschen. Wir alle müssen unsere Stimmen dagegen erheben.«



DR. MICHAEL SPITZBART, ARZT UND GESUNDHEITSCOACH:

»In Deutschland gab es nur noch Drosten und Wieler. Alle Wissenschaftler, die Skepsis und Kritik äußerten, galten plötzlich als Schwurbler. Letztlich gibt es nur einen Weg, um zu verhindern, was die globale Elite mit uns vorhat und der heißt: Ziviler Ungehorsam.« (DW 147)



ANTHONY LEE, LANDWIRT UND BAUERNSPRECHER:

»Stirbt der Bauer, stirbt das Dorf. Grüne Ideologen wollen uns ins Mittelalter zurückwerfen. Unser Wohlstand und der soziale Frieden sind in großer Gefahr. Wir müssen uns gegen den politischen Irrsinn wehren und demokratischen Widerstand leisten.« (DW 124)



UTE FEUERSTACKE, ART DIREKTORIN, SET DESIGNERIN, DW-GRAFIKERIN:

»Die Opposition spielt eine wesentliche Rolle bei der Wahrung der demokratischen Prinzipien, der Sicherung unserer Interessen und bei der Überwachung von Regierung und Wirtschaft. Wir machen weiter mit dem gedruckten Wort in unserer wunderbaren Zeitung und halten durch – mit Euch.«



AXEL TURCK, MITTELSTÄNDISCHER UNTERNEHMER AUS LÜDENSCHEID:

»Wir Sauerländer Unternehmer haben über Jahrhunderte mit Wasserkraft, Holzkohle, Ausdauer und dem Wissen von Generationen fleißiger und bodenständiger Menschen gelernt, Metalle herzustellen und zu verarbeiten. Wir lassen uns unsere Fabriken und die Arbeit von niemandem wegnehmen.«



PROF. KLAUS-JÜRGEN BRUDER, PSYCHOLOGE UND PSYCHOANALYTIKER AUS BERLIN:

»Die Zumutungen der Politik widersprechen jedem Anspruch von Demokratie und Menschlichkeit. Die Transformation der Gesellschaft, die mit der intellektuellen Zumutung der Corona-Inszenierung begann, hin zu einer ›neuen Normalität‹ der Militarisierung und Entmündigung akzeptiere ich nicht.«

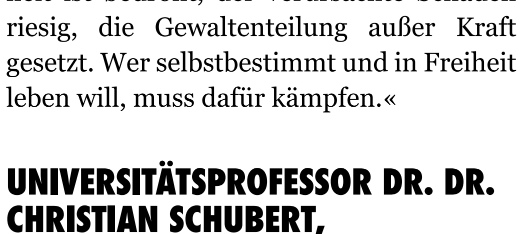




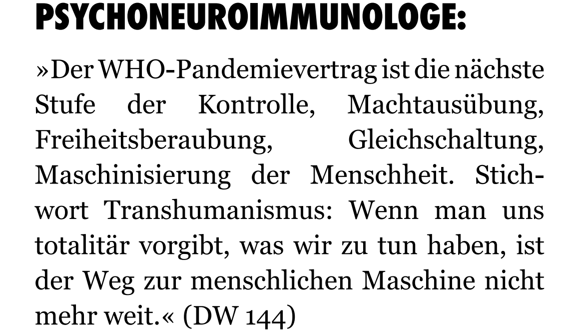


THOMAS BERTHOLD, EX-FUSSBALL-PROFI, WELTMEISTER 1990, DW-SPORTCHEF:

»Diese Regierung hat einen Eid abgelegt, das deutsche Volk vor Schaden zu bewahren. Das Gegenteil ist der Fall: Die innere Sicherheit ist bedroht, der verursachte Schaden riesig, die Gewaltenteilung außer Kraft gesetzt. Wer selbstbestimmt und in Freiheit leben will, muss dafür kämpfen.«



UNIVERSITÄTSPROFESSOR DR. DR. CHRISTIAN SCHUBERT, PSYCHONEUROIMMUNOLOGE:



»Der WHO-Pandemievertrag ist die nächste Stufe der Kontrolle, Machtausübung, Freiheitsberaubung, Gleichschaltung, Maschinisierung der Menschheit. Stichwort Transhumanismus: Wenn man uns totalitär vorgibt, was wir zu tun haben, ist der Weg zur menschlichen Maschine nicht mehr weit.« (DW 144)

MARIANNE GRIMMENSTEIN, MENSCHENRECHTSINSPEKTORIN, INITIATIVE GEMEINWOHLLOBBY:



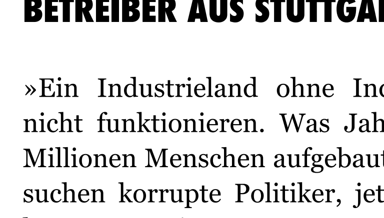
»Wir sind am Scheideweg. Wir sind in der Lage, die ganze Menschheit auszulöschen und die Erde unbewohnbar zu machen. Oder wir bauen eine gerechte humane Gesellschaft auf – diese lässt sich allerdings nur durch handelnde, nicht wählende, Menschen verwirklichen.«



ULI GELLERMANN, PUBLIZIST AUS BERLIN UND MITGRÜNDER DER DEMOKRATIEBEWEGUNG:

»Wo sind die Prozessionen der Dankbaren vor den Häusern der demokratischen Opposition? Wo ist das aus Steuermitteln finanzierte Tribunal zur Verurteilung der kleinen und großen Diktatoren? Im Gegenteil: Die Lauterbachs sind in Amt und Würden, gucken dreist in die Kameras und hoffen, davonzukommen. Wir machen weiter – müssen weiter machen.«

FIRAT POLAT, FITNESSSTUDIO-BETREIBER AUS STUTTGART:



»Ein Industrieland ohne Industrie wird nicht funktionieren. Was Jahrzehnte von Millionen Menschen aufgebaut wurde, versuchen korrupte Politiker, jetzt innerhalb kürzester Zeit zu zerstören. Das dürfen wir, das Volk, auf gar keinen Fall nicht zulassen.«

SABRINA KOLLMORGEN, INTENSIV-KRANKENSCHWESTER AUS BERLIN:

»Durch mein Engagement für Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Kinderschutz lernte ich viele wunderbare Menschen kennen: die Blaulicht-Familie, ein Zusammenschluss mehrerer Berufsgruppen. Gemeinsam erschaffen wir eine menschenwürdige Zukunft, für uns und vor allem für unsere Kinder.«



DR. WALTER WEBER, ARZT AUS HAMBURG:

»2020 wurde eine rote Linie überschritten. Was mit ärztlicher Kritik begann, mündete im Aufdecken vieler weltweit ablaufender Agenden, die mehr Kontrolle und weniger Rechte für die Menschen bedeuten. Jetzt ist jeder Einzelne gefragt, denn es geht um unsere Existenz als menschliche Wesen.«





KLAUS MÜLLER, JOURNALIST, CHEF VOM DIENST BEIM DW:

»2030 sollen wir nichts mehr besitzen. Freiheit? Ist dann Vergangenheit! Also bitte endlich alle aufwachen! *Fake*-Pandemie, Kriegstreiberei, Klimawahn: Die Politik führt Krieg gegen die eigene Bevölkerung, agiert bevormundend, antidemokratisch, totalitär. Widerstand ist Pflicht.«



TOBIAS LEVELS, GESUNDHEITSBERATER, EX-FUSSBALLPROFI (U. A. BOR. MÖNCHENGLADBACH):

»Wir befinden uns bereits mitten im Dritten Weltkrieg. Es ist ein Krieg, der auf eine andere Art und Weise geführt wird. Es ist ein Kampf zwischen Gut und Böse, bei dem wir die Chance haben, das Pendel in die richtige Richtung anzustoßen.« (DW 113)



MICHAEL BALLWEG, UNTERNEHMER AUS STUTTGART:

»Wir können das System nur mit neuen Lösungen außerhalb des Systems überwinden. Deshalb freue ich mich, diese Veränderung aktiv zu gestalten. Insbesondere die Freiheit im digitalen Raum. Tschüss Apple, Microsoft, Meta, Amazon – wir brauchen Euch nicht mehr.«

WOLFGANG GREULICH, IT-UNTERNEHMER, DW-KOLUMNIST:

»Das Maß ist voll. Lug und Trug haben den Weg an die Oberfläche gefunden. Immer noch sitzen viele gehorsam zu Hause und machen mit. Aus den Erkenntnissen wächst die Verantwortung zur Gestaltung. Für uns selbst, für jene nach uns und in respektvoller Dankbarkeit auch an jene vor uns.«





ULLRICH MIES, PUBLIZIST UND AUTOR:

»Die WHO plant mit ihrem Pandemieplan und der Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) die totale Kontrolle der Völker durch einen jederzeit weltweit ausrufbaren Ausnahmezustand. Die Opposition muss darüber aufklären.«

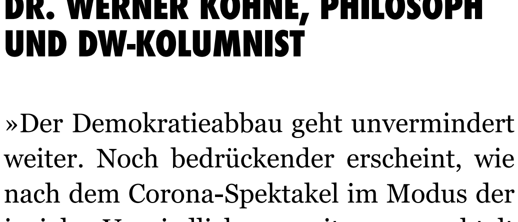


FELIX FEISTEL, JOURNALIST, AUTOR, DW-AUSLANDSRESSORTLEITER:

»Die Übergriffe der Regierungen in den letzten drei Jahren sind keine Verirrung, sondern der vorläufige Höhepunkt eines zutiefst menschenfeindlichen Systems. Sie werden nicht irgendwann einfach aufhören, es wird auch kein Zurück mehr geben. Nur wir können sie beenden.«



DR. WERNER KÖHNE, PHILOSOPH UND DW-KOLUMNIST



»Der Demokratieabbau geht unvermindert weiter. Noch bedrückender erscheint, wie nach dem Corona-Spektakel im Modus der jovialen Verniedlichung weitergewurschtelt wird, wie an einem neuen Menschen gebastelt wird. Wir werden, wenn wir uns nicht wehren, zu befriedeten Zombies abgerichtet.«



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

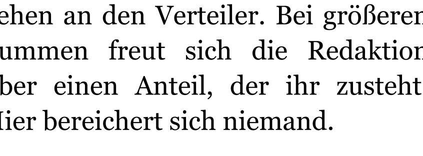
• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.



• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.



WARUM IST IN DER UKRAINE EIN KRIEG AUSGEBROCHEN?

Genau über diese Frage klärt der Historiker und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser auf seiner Vortragstour auf. Dabei zeigt er den Kriegstreibern die Rote Karte | Von Thilo Behla

Am 24. Februar 2022 begann nach politisch-medialer Lesart offiziell der Ukraine-Krieg. Ein Jahr danach ist Daniele Ganser auf Vortragsreise durch Deutschland, Österreich und der Schweiz. Sein Anliegen als Historiker und Friedensforscher, die Ursachen des Krieges zu beleuchten, stößt beim politischen *Establishment* und seinen Leibmedien auf erbitterten Widerstand. Diffamierung, Hetze und versuchte Auftrittsverbote sind die selbstlegitimierten Scherenschnitte gutbürgerlicher Demokraten, um Meinungsfreiheit und kritische Beschäftigung mit geschichtlichen Zusammenhängen auf ein weichgezeichnetes Bild vom guten Westen und bösen Russen zurechtzustutzen. Das Anfeindungsvokabular wirkt stereotyp, voneinander abgeschrieben und fernab von einer offenen Auseinandersetzung mit Daniele Gansers Worten. Warum besuchen die »Kritiker« nicht seinen Vortrag? Das könnte die Stimmungskanonen zum Schweigen bringen. Ein Einblick.

Warum nun ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen? Und welche Geostrategen bekommen wegen groben Fouls die Rote Karte? Die erste erhält der russische Präsident Wladimir Putin für seinen völkerrechtswidrigen Einmarsch in die Ukraine. Damit hat er gegen das UNO-Gewaltverbot verstoßen, denn in Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen wird allen Mitgliedern verboten, Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates anzudrohen oder anzuwenden. Der Historiker Daniele Ganser zeigt auf Grundlage seiner Forschungen den Hergang des Ukraine-Krieges auf. Auch durch stete mediale Wiederholung wird es nicht wahrer: Der Krieg dauert nicht ein Jahr, seit 24. Februar 2022, sondern neun Jahre und begann mit dem Massaker auf dem Kiewer Maidan-Platz am 20. Februar 2014. Die als Regierungsputsch einzustufende Eskalation, bei der Scharfschützen mehr als 40 Polizisten und Demonstranten erschossen, mündete in einen Regime Change: Präsident Wiktor Janukowytsch wurde gestürzt



Im DW-Interview (Ausgabe 135) erklärte Daniele Ganser: »Es gibt Anzeichen, dass wir es mit Wahnsinn zu tun haben. Dass Panzer Frieden erzeugen, war für mich nie glaubhaft in den letzten Jahrzehnten, ist es auch heute nicht. Mehr Waffen verlängern den Krieg, ähnlich wie ein Feuer länger brennt, wenn man Holz nachlegt.« Foto: Dirk Wächter.

und floh nach Russland, Premier Arsenij Jazenjuk und Präsident Petro Poroschenko kamen an die Macht.

Zeitsprung in die Gegenwart. Vordergründig führt nicht Putin Krieg gegen Wolodymyr Selenskyj. Die Ukraine ist Schauplatz eines Stellvertreterkrieges der USA gegen Russland. An dem auch Deutschland beteiligt ist, das seit dem 26. Februar 2022 Waffen aus dem Bestand der Bundeswehr an die Ukraine liefert und ukrainische Soldaten im bayerischen Grafenwöhr an NATO-Waffen ausbildet. Damit ist Deutschland im völkerrechtlichen Sinn im Krieg. Wie ist die politische Lesart? Die Grünen als Regierungspartei, bei der letzten Bundestagswahl mit Sonnenblume und Taube als Friedenssymbole auf den Plakaten, betreiben Wählertäuschung, wenn sie jetzt offen für die militärische Unterstützung der Ukraine eintreten. Immerhin bekennen sie Farbe, wenn sie sich in Olivgrüne wandeln.

Seitens der Politik und ihrer Konzernmedien gibt es keine Kritik an den Waffenlieferungen. Sie muss vom Volk artikuliert werden. Daniele Ganser am 25. Mai 2022: »Wir brauchen Deeskalation, kein Wettrüsten« und am 9. März 2023: »Sollen die Kriegsbefürworter aus der Politik eine Uniform anziehen und selbst an die Front gehen. Der Krieg wäre sofort vorbei.« Sahra Wagenknecht von der Partei Die Linke, die sich aktuell in der deutschen Friedensbewegung engagiert, wird mit den Worten zitiert: »Waffen schaffen keinen Frieden.« Der US-amerikanische Journalist Seymour Hersh bezeichnet den Ukraine-Krieg als Krebsgeschwür, das im Sabotageakt auf die Nord-Stream-Pipelines am 26. September 2022 bereits Metastasen treibt. Die zweite Rote Karte bekommt Bundeskanzler Olaf Scholz, der Deutschland in den Krieg mit Russland führte.

VERSPRECHEN GEBROCHEN: OST-ERWEITERUNG DER NATO SCHRITT VORAN

Rückblende ins Jahr 1990. Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow stimmte der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Beitritt der ehemaligen DDR zur NATO zu, verlangte aber im Gegenzug keine Osterausdehnung der NATO. Dies wurde ihm am 31. Januar 1990 vom deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher zugesichert – »Eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten … wird es nicht geben« — und am 9. Februar 1990 vom US-Außenminister James Baker — »… nicht einen Zentimeter weiter nach Osten ausdehnen«. Auch ließ Gorbatschow die 340.000 auf dem Territorium der DDR stationierten Soldaten abziehen. Es blieb ein einseitiger Truppenabzug, an dem sich die Westmächte ihrerseits nicht beteiligten. Die Begehrlichkeiten im Westen nach einer NATO-Vergrößerung wuchsen, vor allem Deutschland wollte nicht mehr am Rand, sondern im Zentrum des Bündnisses stehen. 1999 war es dann soweit. Auf Betreiben des US-Präsidenten Bill Clinton wurden Polen, Tschechien und Ungarn Teil der NATO. Dieser Akt der Aggression gegenüber Russland ist für Daniele Ganser der Auslöser des Ukraine-Konfliktes. Die dritte Rote Karte sieht also Clinton für das gebrochene Versprechen, die NATO nicht auszudehnen.

Die Osterweiterung des westlichen Militärbündnisses schritt voran. Nach und nach kamen Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Albanien und Kroatien hinzu. Der Wortbruch wurde salonfähig, die Täuschung Russlands marginalisiert. Die Landnahme erreichte 2008 ihren vorläufigen Höhepunkt, als unter der Regierung von George Bush junior auch Georgien und die Ukraine in die NATO aufgenommen werden sollten. Spätestens jetzt wandelte sich aus Sicht der Russen die Ausdehnung von einer Provokation in eine reale Gefahr, denn die Vorwarnzeit im Fall eines Raketenangriffs würde dann bedrohlich gering. Der US-Botschafter Bill Burns warnte am 1. Februar 2008, eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine würde bei den Russen »einen rohen Nerv berühren« und könne »sogar zu Bürgerkrieg führen«. Die vierte Rote Karte wird Bush gezeigt für seinen »Krieg mit Ansage«.

PUTSCH AUF DEM KIEWER MAIDAN-PLATZ

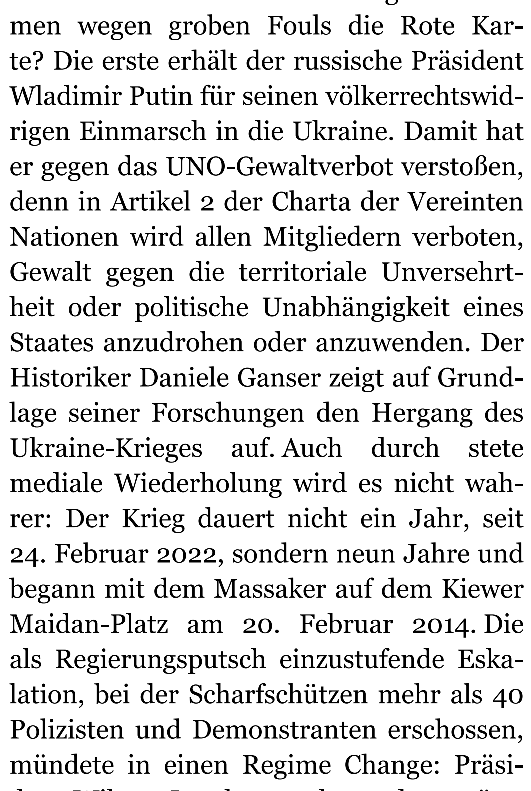
Noch einmal ins Jahr 2011. Barack Obama ist 44. Präsident der Vereinigten Staaten, Joe Biden sein Vize. Daniele Gansers Quellenanalysen zeigen, dass es sich bei den Ereignissen auf dem Maidan-Platz um einen Putsch handelte, dessen Fäden in den USA gesponnen wurden. Ziel war es, den gewählten Präsidenten Janukowytsch zu stürzen und eine Amerika-gesinnungsfreundliche Regierung zu installieren. Weiteres Ziel: die Aufnahme der Ukraine in die NATO. Das Mittel: die Ermordung von Polizisten und Demonstranten durch verdeckte Scharfschützen, die als erfolgreiche *False-Flag*-Operation der Spezialeinheit der ukrainischen Miliz Berkut in die Schuhe geschoben werden sollte, um damit den amtierenden Präsidenten zu diskreditieren. Der Beweis: ein abgehörtes Gespräch zwischen der von Obama als stellvertretende Staatssekretärin eingesetzten neokonservativen Victoria Nuland und dem US-Botschafter in Kiew Geoffrey Pyatt kurz vor dem Putsch. Über eine neu zu besetzende Regierung sagte sie: »Ich glaube, Jazenjuk ist der richtige Mann, er hat die … Erfahrung.« Nuland, deren Büro eng mit der CIA zusammenarbeitete, plante und leitete den Putsch, Jazenjuk wurde folgerichtig Premierminister. Die fünfte und sechste Rote Karte »verdienen« sich Obama und Biden, unter deren Administration der illegale Staatsstreich geplant und umgesetzt wurde.

Infolge des Putsches kam es im März 2014 zur Abspaltung der Krim von der Ukraine. Wenige Tage nachdem die proamerikanische neue Regierung in Kiew an der Macht war, beschloss Putin, die strategischen Interessen Russlands auf der Krim zu verteidigen. Russische Truppen besetzten alle strategischen Punkte der Halbinsel, in einem Referendum am 16. März 2014 stimmten 97 Prozent der überwiegend russisch sprechenden Bevölkerung für einen Anschluss an Russland, was Moskau umgehend annahm. Nach dem Putsch und dem Anschluss der Krim an Russland brach ein Bürgerkrieg aus — ausgetragen zwischen der ukrainischen Armee der neuen Regierung und ostukrainischen Separatisten der russischsprachigen Bezirke Donezk und Luhansk, die der Kiewer Putschregierung die Anerkennung verweigerten. Der Kriegsbeginn wird auf den 15. April 2014 datiert, als Kiew im Rahmen eines Antiterror-Sondereinsatzes Panzer in den Donbass schickte. Dieser Krieg hat bisher mehr als 14.000 Todesopfer gefordert.

Wolodymyr Selenskyj, 2015 durch seine Rolle des ukrainischen Präsidenten in der Fernsehserie »Diener des Volkes« als Schauspieler bekannt geworden, betrat 2019 die internationale politische Bühne, als er tatsächlich zum Präsidenten der Ukraine gewählt wurde. Er versprach, den Krieg im Land zu beenden. Tatsächlich ließ er 2020 auf eigene Bürger schießen. Drei Menschen verloren dabei ihr Leben. Dafür »erntet« Selenskyj die siebte Rote Karte.

Zurück in die Gegenwart. Die Position des Westens gegenüber Russland ist geprägt von einseitiger Berichterstattung, Wirtschaftssanktionen und militärischer Unterstützung der Ukraine. Die Schweiz und Österreich haben hierfür ihre Neutralität aufgegeben. Doch ist es falsch, von globalen Sanktionen zu sprechen, denn von den 193 Staaten der Erde beteiligen sich daran gerade mal 30. Dies sind im Wesentlichen die NATO-Mitglieder. Die westlichen Medien schwingen derweil die moralische Keule, teilen heuchlerisch die Welt in Gut und Böse, als gelte das Völkerrecht erst, wenn die NATO nicht bombardiert. Doch wenn Krieg immer weiter geht, werden immer mehr Rote Karten vergeben. Daniele Ganser: »Wir müssen alle Kriege ablehnen.«

Dieser Text wurde in voller Länge unter CC-Lizenz auf manova.news veröffentlicht und erschien zuvor bereits auf rubikon.news. Er wurde für den DW sinnwahrend gekürzt. Wir danken dem Autor und den Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.



IST DER KRIEG BALD VORBEI?

Die Amerikaner ziehen ihre Unterstützung zurück
Von Hendrik Sodenkamp

Jetzt stellen also die USA die Waffenlieferungen an die Ukraine ein. Ist die dortige Haushaltsdebatte nur ein Vorwand, um sich aus dem verlorenen Krieg zurückzuziehen?

Die Welt steht wieder einmal Kopf: Als »Rechtsradikale« verschriene US-Republikaner wollen nicht länger die Steuergelder der Amerikaner in immer schwereren Waffen gegen Russland verpulvern, sondern den dortigen Bürgern in Form von sozialdemokratischen Infrastrukturprojekten und der Ankurbelung der Wirtschaft zugute kommen lassen, während die als »links« bezeichnete Biden-Administration und die US-»Demokraten« in der Zerstörung Osteuropas ein lukratives Geschäft sehen.

Und das in einer Zeit, in der die sogenannte ukrainische Gegenoffensive einfach steckenbleibt. Sie führte zu nichts außer zu Geldverschwendung, Zerstörung von Heimat und massenhaft toten Menschen. Geländegewinne? Fehlanzeige! Die Ukraine wurde *de facto* zwischen den USA und Russland aufgeteilt. Dabei sind die USA pleite und der Schuldenberg gigantisch. Nun scheiterten am 30. Oktober 2023 neue Waffenlieferungen am Nein der Republikaner im Senat. Die Europäer, so heißt es jenseits des Teiches, sollen nun noch verstärkt in den Waffenmarkt einsteigen und für den Krieg blechen. Das wird schwierig. Zuletzt kündigte bereits Polen an, keine weiteren Waffen mehr in die Ukraine zu liefern. Zieht nun auch Deutschland nach?

MIT SOLCHEN FREUNDEN …

Allen Grund dazu hätten wir, sprengten doch die USA die *Pipeline* Nord Stream 2 und damit unsere Heizung, und das nach expliziter Ankündigung des US-Präsidenten: »Es wird kein Nord Stream 2 geben«, hatte dieser am 7. Februar 2022 im Beisein von Olaf Scholz (SPD) angekündigt. Und auf Nachfrage, wie er das bei dem unter Kontrolle Deutschlands stehenden Projekts genau machen wolle, antwortete er: »Ich verspreche Ihnen: Das werden wir schaffen.«

Und sie schafften es, vor einem Jahr, wie erst diese Zeitung und dann der US-Journalist Seymour Hersh belegten. Fakt ist: Wir brauchen die USA nicht, um sicher sein zu können. Ganz im Gegenteil, der Traum von der US-Weltherrschaft bedroht uns wirtschaftlich und atomar. Reichten wir nur unseren Nachbarländern die Hände, wären wir wohl besser dran:

Allein Deutschland und Frankreich haben zusammengenommen mit umgerechnet rund 110 Milliarden Dollar einen deutlich höheren Militär-Etat als Russland mit 86 Milliarden Dollar. Hier können also auch wir noch deutlich sparen und dennoch in Ruhe leben. Hat man in Deutschland einfach Angst vor dem »Freund« USA (Militärhaushalt 877 Milliarden Dollar)?

Jesus im Donbass



Die neue Zeit braucht weder Sieger noch Verlierer. Ein Plädoyer für den Frieden und für ein Ende des Blutvergießens in der Ukraine | DW-Gastbeitrag von Jürgen Fliege

Ich könnte es mir so einfach wie schwer machen und daran erinnern, dass in den tiefsten Tiefen unseres Bewusstseins und in unserer Seele ein Satz, eine Weisheit, lebt und kein Jota davon verfault und verrottet ist. Der Satz lautet: »Du sollst nicht töten!« Niemand in der Welt hat das Recht, ihn sich zu seinen Gunsten zurechtzubiegen. Amen!

Ich komme nicht vom Völkerrecht, sondern von Jesus, bin also wertebasiert. Ich hoffe, dass ich im Land des Grundgesetzes, das sich ausdrücklich auf Gott beruft, trotzdem noch ernstgenommen werde. Vielleicht ist es gerade in unseren Zeiten ein guter Grund, vielleicht der beste überhaupt, auf Jesus zu vertrauen. In guten wie in schlechten Zeiten.

Ich komme auch von Jesus her, wenn ich ausgerechnet im *Demokratischen Widerstand* daran erinnere, dass nur Verzeihen wirklich frei macht. So lehrt das mein Meister. Ein Meister ohne jede Kontaktschuld, weil er bei den gegen mich nun vor Wut Schäumenden an die Binse erinnert, dass nicht der Gesunde des Arztes bedarf, sondern der Kranke. Wir, die Friedensstifter, sollten in unserer Mitte bleiben. Gefühle wie Wut und Rache sind menschlich, aber nicht förderlich, sondern pures Gift. Negative Emotionen sorgen dafür, dass man fremdgeleitet ist. Gut und Böse steckt in jedem von uns. Menschen, die Macht ausüben wollen, haben letztlich auch nur Angst. Ansonsten hätten sie es nicht nötig, sich so zu verhalten. Sie haben kein Gottvertrauen. Weil der Chef des Verfassungsschutzes, Thomas Haldenwang, aus derselben evangelisch-pietistischen Ecke kommt wie ich, könnte er bei mir den gemeinsamen Stallgeruch wittern und seine Schnüffler zurückpfeifen: Stoppt! Jesus-Leute sind nicht an der Delegitimierung des Staates interessiert, sondern allein an der Liebe zu allem, was atmet. Ob es nun amerikanisch atmet oder russisch. Wenn ein Staat das nicht legitimiert, delegitimiert er sich selbst.

Jesus ist mein Meister und mein Heiler all mein Leben lang. Er ist mein Trost, wenn ich einmal mehr in seinem Namen zwischen die Fronten gerate. Denn genau da, zwischen den Fronten, ist sein Platz und darum auch meiner. Das ist oft nicht leicht. »Lieber tot als Sklave!« – ich weiß nicht, wie alt ich war, als ich das zum ersten Mal hörte und sich in mir völliges Unverständnis breit machte. Fragt doch die Kinder, die Behinderten, die Alten und die Greise! Sie sind alle in gewisser Weise unfrei und auf andere angewiesen und wollen doch leben. So einfach ist das für mich. Und damit sind in meinem Herzen alle Helden- und Opfergeschichten für meine und anderleuts Freiheit abgeräumt. Ein für alle Male. Selenskyj hin, Putin her. Amen!

Das war vor der Zeiten- und Wertewende doch noch Allgemeingut. Da dröhnte es Tag und Nacht aus den *ÖRR*-Volksempfängern von Berlin bis Bayern, dass einem die früher mal grundgesetzlich garantiert Freiheit nichts nützt, wenn man tot ist, weil doch das Coronavirus auch die mutigsten Impfgegner nicht verschont. Darum Gleichschritt, Solidarität und die Schwurbelklappe halten. Gesetz ist Gesetz! Leben war also in Pandemiezeiten wichtiger als Freiheit. Ich stand der Politik damals grinsend gegenüber, sagte mir: ›Die ticken nicht sauber, die sind verloren.‹ Sie wollten eine Kultur der Überwachung und der Angst, mein Glaubenssystem aber heißt Vertrauen. Als Jesus-Mann war ich für diesen Quatsch nicht anfällig. Doch jetzt beim Ukrainekrieg tönt aus denselben *ÖRR*-Volksempfängern Gegenteiliges: Nun heißt es, die Freiheit sei wichtiger denn je. Alles sei ohne jeden Wert, wenn man nicht frei ist. Ich verstehe nur: Lieber tot im Straßengraben als lebendig in einem anderen Staatsgebilde. Bin ich der Einzige, der da stutzt?

Als ich vor fast sechzig Jahren »Kriegsdienst« leisten sollte, habe ich mich in Düsseldorf vor dem Oberverwaltungsgericht mit dem Adler auf dem Dach geweigert und »Nein« gesagt. Die Richter haben mir zugestimmt.

Ach, fast hätte ich vergessen, dass Jesus ermordet wurde und sich daraufhin in unsere Herzen zurückziehen musste, wo er immer noch lebt, wirkt und flüstert: Liebet Eure Feinde! Segnet, die Euch fluchen! Alles andere ist des Teufels Propaganda. Amen! Kommt Freunde Jesu, kommt! Wir sollten es wenigstens versuchen, oder?



Er war schon immer ein Querdenker: Jürgen Fliege.
Foto: Jan Roeder, München

ZUR PERSON

Der evengelische Theologe Jürgen Fliege wurde 1977 Pfarrer der Gemeinde Aldenhoven (Kreis Düren). Von 1994 bis 2005 moderierte er eine nach ihm benannte ARD-Talkshow. Während der Corona-Pandemie trat er bei Demos gegen die Corona-Maßnahmen auf und wurde Mitglied in der Partei dieBasis.



Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE DAMEN NICHT MINDER GESCHÄTZTE HERREN, HALLO KINDER!

Gehen jetzt die direkten offenen Mordversuche an Oppositionellen los? Was auch immer man von ihm als Politiker halten will, es ist eine weitere Eskalationsstufe in einer Abwärtsspirale befindlichen Herrschaftsstruktur: Am Mittwoch wurde der Vorsitzende der Partei AfD, Tino Chrupalla, von zwei Männern am Rande einer Veranstaltung in Ingolstadt in ein »Selfie« gelockt, dann laut Augenzeugen niedergeworfen und mit einer Spritze traktiert. Am Donnerstag hieß es, er sei in einer Klinik, habe einen schweren allergischen Schock, sei nicht ansprechbar. Polizei und Bundeskriminalamt – und damit Entitäten der BRD-Exekutive – verweigerten weitere Auskünfte. Am Wochenende stehen nun die Landtagswahlen in Hessen und Bayern bevor. Für die Zeit danach erwarten Oppositionelle wieder schwerste Angriffe auf Leib, Leben, Existenzgrundlage, Kinder und Familien. Das neofaschistische Regime hat, wie unser Mitherausgeber Prof. Giorgio Agamben frühzeitig feststellte, bereits ritualhafte Massenmorde verübt. Wer so mit seinem Putsch beginnt, stellt klar, dass er zu allem bereit ist.



V.l.n.r. Anselm Lenz, Robert F. Kennedy, Louise Lenz im August 2020.
Foto: DW/B. Ndiaye

DEMOKRATEN RÜSTEN ZUR SELBSTVERTEIDIGUNG?

»Baumarkt, Sicherheitsläden, Selbstverteidigungsberater, Werkstätten – Millionen Demokraten decken sich mit Ausrüstung ein, um auf Überfälle und Angriffe unmittelbar nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes, sowie Notwehr-Grundsatz und nach Naturrecht vorbereitet zu sein«, stellte ein Verfassungsjurist in dieser Woche erneut klar. Den ausführenden Kräften unserer »Verantwortlichen« muss klar sein, dass »Befehl ist Befehl« bei einer zweistelligen Millionenzahl von Demokraten nicht mehr ohne Weiteres verfangen wird. Muss es denn erst zu Tausenden weiteren Tragödien kommen, bis das Regime einlenkt und zumindest seine Agenda veröffentlicht, diese Punkt für Punkt zur Volksabstimmung stellt? Vielleicht ist ja etwas Gutes dabei – der US-Präsidentschaftskandidat Robert F. Kennedy Jr. fordert bedingungslose Wahrheit zu allen Vorgängen von 9/11 bis heute und damit eine Offenlegung des »Tiefen Staates«. Aber das scheint wohl nicht zu gehen: »Reduce the population« (»die Bevölkerung reduzieren«, US-Vizepräsidentin Kamala Harris) ist eines ihrer ausgesprochenen Ziele… Bitte bleiben Sie mit uns standhaft für das Leben, das Menschenrecht, den Nürnberger Kodex, das Grundgesetz, die Aufklärung, den Frieden, Freiheit, Freundschaft, organisierten sozialen Ausgleich und unser demokratisches Deutschland der Zukunft! Wenn Sie uns vom DW bei Prozesskosten helfen wollen, gern an Sodenkamp & Lenz Verlag, Crowdfunding/Prozesse, DE71 1705 6060 0101 0320 64, WELADED1UMP.

Hochachtungsvoll herzlich mit demokratischen Grüßen,

Anselm Lenz
Journalist, Verleger, Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»DER NEUE FASCHISMUS WIRD NICHT SAGEN: ICH BIN DER FASCHISMUS. ER WIRD SAGEN: ICH BIN DER ANTIFASCHISMUS.«
IGNAZIO SILONE

»… ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT, GEHORSAM ABER ZU VERBRECHEN.«
PAPST LEO XIII.

»JOURNALISMUS IST, ZU DRUCKEN, WAS ANDERE NICHT GEDRUCKT HABEN WOLLEN. ALLES ANDERE IST PROPAGANDA.«
GEORGE ORWELL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*